

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Bio neu gefasst

©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan

Ökolandbau

Die Verbraucher kaufen mehr Bio, die Landwirtschaft macht nach wie vor wenig Bio. Wieder mehr handfeste Konturen, regionale Strukturen und bäuerliche Individualität sind gefragt auf den **Seiten 2, 11-14**

Bewegung

Neuland zieht Konsequenzen aus dem Hähnchenbetrug, die Ideen dahinter, artgerechte Tierhaltung, Gentechnikfreiheit sind aktuell wie nie gesellschaftlich gewünscht auf den **Seiten 3, 10, 16**.

Agrarpolitik

Nachdem der Bundesrat sich eingemischt hat, kann das Greening wirksam werden, eine Schlüsselrolle spielen Leguminosen und die Frage, ob ihr Anbau ohne Pestizide und Dünger wirtschaftlich ist auf den **Seiten 4 und 6**.

Die Seite 3

Vertrauen kann, Kontrolle muss... 3

Agrarpolitik

Greening kann doch noch wirksam werden... 4

Balanceakt Schweineschwänze... 5

Auf Leguminosen muss man sich einlassen... 6

Bewegung

Bauer gesucht... 7

Alternativen entwickeln... 8

Ernährungssouveränität... 19

"Eine von der Bevölkerung getragene Agrarreform"... 20

Märkte

Amerikanischer Blick auf das Freihandelsabkommen... 10

Schwerpunkt

Für einen Umbau der Landwirtschaft... 11

Diplomatisches Dilemma... 12

Raus aus der Demutshaltung... 13

Die Märkte wachsen, die Produktion stagniert... 14

Nachbau

Falsche Zugeständnisse... 15

Gemüse und Klimawandel... 18

Gentechnik

"Der Erfolg der Bewegung"... 16

Das Bäckerfest für die Vielfalt... 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Marlene Herzog und Bigi Möhrle, Seite 9;
Lesen Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite
22-23

Beim Versuch, mich durch 82 schwer bis gar nicht verständliche Seiten der neuen Vorschläge der Kommission zur Revision der EU Bio-Verordnung zu arbeiten sind mir viele Dinge wieder klar geworden. Man kann nur hoffen, dass die Kommission gute Absichten hat, wenn sie schreibt: „Die ökologische Erzeugung ist ein umfassendes System der landwirtschaftlichen Betriebsführung und der Lebensmittelerzeugung, das nachahmenswerte ökologische Verfahren, einen hohen Grad an biologischer Vielfalt, die Erhaltung natürlicher Ressourcen und die Anwendung hoher Tierschutzstandards mit einem Erzeugungsverfahren kombiniert.“



Kommentar

Dem Ökolandbau die Zukunft

Dass die ökologische Landwirtschaft für unsere Gesellschaft und die kommenden Generationen eine besondere Bedeutung hat, belegt eine von Bio Austria 2013 in Auftrag gegebene und auf die EU übertragbare Studie. Darin

heißt es: „Die österreichische Landwirtschaft verursacht jährlich negative externe Kosten von etwa 1,3 Mrd. Euro. Der Bio-Landbau kann diese um mindestens ein Drittel reduzieren. Nötig sind außerdem eine Stickstoff-, Energie- und Pestizidsteuer...“.

Hinsichtlich dieser Erkenntnisse kann ich aber nicht verstehen, warum die von der Kommission geplanten Rückstandskontrollen nur im Bio-Bereich vermehrt durchgeführt werden sollen und nicht hauptsächlich bei den konventionell erzeugten Lebensmitteln? Es ist nicht nachvollziehbar, dass ausgerechnet die Bio-Bauern, die ohne Gift und GVOs arbeiten, diese Kontrollen indirekt bezahlen und die alleinige Verantwortung dafür tragen sollen. Grundsätzlich ist zu begrüßen, wenn Öko-Standards angeglichen werden und „EU-Bio“ nicht hinter „Verbands-Bio“ zurückbleibt. Aber Bio ist für mich mehr als Verzicht auf mineralischen Dünger und chemische Pflanzenschutzmittel. Den uns anvertrauten Grund und Boden ökologisch zu bewirtschaften und die Tiere dementsprechend zu halten, hat für mich viel mit tiefer Achtung und Zuneigung zu tun. Und mit einer bäuerlichen Grundeinstellung, mit dem Denken in Generationen, mit selbstständigen Handlungsspielräumen, mit Vielfalt auf den Äckern und Wiesen, den Höfen und in den Köpfen. Bio muss bäuerlich sein und bleiben. Wenn die EU wirklich etwas tun will für den Ökolandbau, dann sollte sie alles in ihrer Macht stehende tun, um die noch verbliebenen bäuerlichen Strukturen zu erhalten. Denn nur diese Strukturen sind glaubhaft auf Bio umzustellen. Sie sind überschaubar und kontrollierbar, im Gegensatz zu industriellen Strukturen, die auch in der Bio-Branche zu finden sind. Bäuerinnen und Bauern geben der Ökolandwirtschaft ein Gesicht. Sie geben dem ländlichen Raum ihren Charakter, stärken ihn wirtschaftlich und kulturell.

Und genau das suchen Verbraucher, wenn sie Vertrauen haben sollen in ein Siegel, wenn sie sich für das etwas teurere Produkt aus ökologischer Landwirtschaft entscheiden sollen, wenn ihnen die Folgen ihres Verhaltens bewusst werden sollen. Wie sonst könnte man Bio und regional überhaupt ernst nehmen? Sicher: kein chemischer Pflanzenschutz und kein Kunstdünger, das ist ein Anfang. Aber ein Feld mit 100 ha Bio-Weizen ist für mich auch Monokultur und der Artenvielfalt nicht gerade dienlich. Vielleicht mag mir so mancher entgegenhalten, dass die Nachfrage nur über große Strukturen zu decken ist. Aber warum soll der Weltagrarbericht nur für Afrika, Asien oder Südamerika gelten und nicht auch für Deutschland und die EU? Warum soll ein Betrieb mit 30.000 Legehennen eine bessere Versorgung leisten als 10 Betriebe mit 3.000 Hühnern? Und große Strukturen schaffen ungewollte Abhängigkeiten der Verbände und ihrer Vermarktungsgesellschaften. Je größer die Mengen, desto länger der Hebel. Wollen wir das? Die EU sollte nicht nur neue Verordnungen schaffen, sondern bei der Verteilung des Agrarhaushalts beginnen. Die 50 Mrd. Euro müssen so verteilt werden, dass nicht die großstrukturierten, durchrationalisierten Betriebe profitieren, sondern die bäuerlichen, vielfältigen Bauernhöfe. Nur so kann das Grundgerüst auch für eine wirklich ökologische Landwirtschaft erhalten bleiben. Ein Umdenken muss auch in anderen Bereichen, von der Beratung bis zur Ausbildung, stattfinden. Die Herausforderungen unserer Zeit können nicht durch ständiges Wachsen gemeistert werden, wie es den jungen Bauern immer eingetrichtert wird, sondern nur durch gesunde, menschen- und tierfreundliche Strukturen und eine flächendeckend ökologischere Landwirtschaft.

Gertraud Gafus

Mitglied im AbL-Bundesvorstand und im Landesvorstand der AbL-Bayern

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Vertrauen kann, Kontrolle muss

Neuland zieht Konsequenzen aus dem Betrug eines Hähnchenmästers

Vertrauen ist wahrscheinlich das meistgebrauchte Wort in der Berichterstattung rund um den Betrug eines ehemaligen Neuland-Hähnchenmästers. Vertraut habe man bei Neuland diesem Mäster aus dem niedersächsischen Wietzen, der schon lange, seit 1996, Neuland-Mitglied war. Nun gelte es, enttäushtes Verbraucher-Vertrauen zurückzugewinnen, so eine aktuelle Neuland-Presseerklärung. Auf Druck der Wochenzeitung *Die Zeit* hat der Mäster jetzt zugegeben, bis Ende 2013 neben seinen eigenen Hähnchen Tiere aus konventioneller Standardhaltung zugekauft und sie nach Schlachtung im eigenen Unternehmen an die Vermarktungsgesellschaft Neuland GmbH Norddeutschland weiterverkauft zu haben. Neuland war ihm auf der Spur, es gab zwei Abmahnungen und eine Nachkontrolle der Buchführung auf dem Betrieb wurde angeordnet, doch der Mäster versuchte immer wieder, den Kontrolltermin zu verschieben. Als sich im Dezember 2013 die Kontrolleure nicht mehr verträsten ließen, kam er ihnen zuvor und kündigte seine Neuland-Mitgliedschaft.

Zahlenwerk

Nun wird sichtbar: Der Hähnchenhalter lieferte zuletzt rund 100.000 Hähnchen im Jahr an die Neuland-Vermarktungs GmbH, und damit weit mehr, als ein Betrieb selbst bei Ausschöpfung der im Jahr 2013 auf 16.000

Hähnchenmastplätze erhöhten Neuland-Bestandsobergrenze

mästen kann. Bei realistischen fünf Mastdurchgängen wäre ein

jährlicher Verkauf von rund 80.000 Tieren möglich.

Martin Schulz, Neuland-Schweinebauer und neu gewählt in den Aufsichtsrat der norddeutschen Vermarktungsgesellschaft, ist verärgert über die Ignoranz des Hähnchenmästers gegenüber den eigenen Berufskollegen: „Er setzt unser aller Glaubwürdigkeit aufs Spiel.“ Er ärgert sich aber auch über zu wenig Kontrolle, Konsequenz und Durchsetzungskraft

bei Verein und Vermarktungsgesellschaft.

Aus Überzeugung

Gegründet wurde Neuland von überzeugten Veränderungswilligen, die ein Programm zur Etablierung einer artgerechten Tierhaltung mit wirtschaftlicher Perspektive für bäuerliche Strukturen in regionalen Kreisläufen schaffen wollten. Es stand damals wie heute besonders für Stallsysteme, die an das artgerechte Verhalten der Nutztiere angepasst sind. Angepasst sein müssen sie aber auch an die dort arbeitenden und davon lebenden Menschen. Der stattfindende Dialog des Neuland-Vereins mit den Bauern hat die Theorie bei Bedarf an die Praxis angeglichen, in Fragen der Haltung wie auch der ökonomischen Faktoren wie den Bestandsobergrenzen. Auf diesen Aspekten lag immer viel Augenmerk, auch weil die Gesellschaft und die übrige Landwirtschaft kritisch zugeschaut haben. Dafür stehen die Träger des Neuland-Vereins: AbL, BUND und Deutscher Tierschutzbund. Der Verein setzt die Richtlinien, vergibt die Lizenz und ist für die Kontrolle zuständig. Die Vermarktungsgesellschaften wurden in der Hand der Neuland-Bauern gegründet. Bäuerliche Aufsichtsräte sollen hier das Heft des Handelns in der Hand haben. Zumindest für die Vermarktungsgesellschaft in Bad Bevensen, über die die Hähnchen aus Wietzen vermarktet wurden, galt letzteres aktuell nur begrenzt.

Ungereimtheiten

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten war dort vor fast zehn Jahren ein Geschäftsführer eingestellt worden, dem mehr ökonomisches Geschick als Neuland-Ideen zugetraut wurden. Die Gesellschafter waren bereit, ihm auch bei Schritten zu folgen, die heute kritisch gesehen werden. Besonders die Abschaffung der Beratung, die auch maßgeblich für die Akquise neuer Betriebe zuständig war, gilt inzwischen als Kardinalfehler. Speziell im Geflügelbereich stand irgendwann einer steigenden Nachfrage des Marktes eine nicht wachsende Anzahl von Betrieben gegenüber. Hinzu kommt, dass der längst von agrarindustriellen Strukturen geprägte Geflügelsektor kein originärer Neulandschauplatz war. Da schien der Wietzener Mastbetrieb, der extra eine eigene Schlachtstätte gebaut hatte, mit

entsprechendem Engagement für die Sache ausgestattet und so wichtig für das laufende Geschäft, dass diffusum Unbehagen und kleineren Mängeln zu lange mit Langmut begegnet wurde. Man vertraute sich eben, bis Ende 2011 erste zahlenmäßige Ungereimtheiten offenkundig und abgemahnt wurden. Wahrscheinlich sind sie auch dem Geschäftsführer in Bad Bevensen irgendwann aufgefallen. Aber: eine regelmäßige Kontrolle von Wareneingang und -ausgang in den Verarbeitungsunternehmen war bislang im Neuland-Kontrollsystem nicht vorgeschrieben. Der Verein konzentrierte sich auf die ordnungsgemäße Einhaltung der Richtlinien in der Tierhaltung, der Schlachtung und Verarbeitung. Dazu beauftragt er unabhängige Kontrollunternehmen, die einmal im Jahr unangekündigt die Betriebskontrolle vornehmen. Abgleiche der Warenflüsse fanden nicht statt. „Das ist eine Lücke, die wir nun im Vorstand geschlossen haben“, sagt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, der für die AbL im Neuland-Vorstand sitzt. Eine weitere Konsequenz des Betrugs muss nun seiner Ansicht nach eine stärkere Institutionalisierung der Abläufe und damit mehr Transparenz nach erfolgter Betriebskontrolle sein. Die erhobenen Daten und Erkenntnisse müssen im Vorstand zusammenlaufen, dort bewertet und auch dort die Konsequenzen festgelegt werden.

Neuanfang

Die Gesellschafterversammlung der Vermarktungsgesellschaft kurz nach der Betrugs-Veröffentlichung brachte weitere Veränderungen auf den Weg. Die Mitglieder nahmen den bisherigen Aufsichtsrat in die Verantwortung und wählten einen neuen, dem stimmberrechtigt nun ausschließlich Bauern angehören, die eine sehr kritische Haltung zur Geschäftsphilosophie des bisherigen Geschäftsführers haben. Erste Aufgabe des neuen Aufsichtsrates muss sein, seinen Anspruch auf Entscheidungskompetenz wieder geltend zu machen. Der Vorstand des Neuland-Vereins hat unterdessen eine externe Prüfung der Vermarktungsgesellschaft gefordert und dem neuen Aufsichtsrat empfohlen, für die Dauer der Prüfung den Geschäftsführer freizustellen.



Mögli-
c h e r -
weise ge-
lang Neu-
land bislang die
Abwägung zwischen Kon-
trolle und Vertrauen nicht
gut genug, oder nur dort gut,
wo es um das Herzstück, die
Einhaltung einer artgerechten
Tierhaltung ging. Dass das
wichtig, aber nicht alles ist, muss
das Projekt nun schmerzlich erfah-
ren. Zwar scheinen sich die auch sehr
auf Vertrauen und persönlichen Kon-
takt beruhenden Handelsbeziehungen
von Neuland mit den Fleischerfachge-
schäften als krisenfester zu erweisen als
anonyme Strukturen; noch melden die
Metzger kaum Umsatzeinbußen. Aber:
der Neuland-Vorstand und der Auf-
sichtsrat in Bad Bevensen sind in der
Pflicht, die angeschobenen Änderungen
konsequent weiterzuführen. Nur dann
wird es auch zukünftig gelingen, mit
Neuland „Betriebe vom Zwang, in die
industrielle Produktion zu gehen, zu
befreien“, wie es Graefe zu Baringdorf
beschreibt. Nur dann werden Betriebe
sich darauf einlassen, ihre Tiere anders
zu halten, weil sie darauf vertrauen,
dass es genug Verbraucher gibt, die das
an der Ladentheke honorieren. Fast
scheint es Ironie des Schicksals, dass
ausgerechnet dann, wenn ein Zeitgeist
herrscht, in dem keiner der Wirt-
schaftsbeitrugen im Fleischbereich
mehr umhin kann, sich mit dem Thema
„Tierwohl“ auseinanderzusetzen, die
Pioniere der Bewegung Federn lassen
müssen. Masthähnchen erleben keine
Mauser, Neuland muss die Möglich-
keit des Neuanfangs konstruktiv nut-
zen, denn niemals wurden die guten
Ideen des Programms zur artgerechten
Tierhaltung auf Bauernhöfen gesell-
schaftlich so nachgefragt wie jetzt. cs



Greening kann doch noch wirksam werden

Bundesrat will keine Pflanzenschutz- und Düngemittel auf ökologischen Vorrangflächen

Der Einsatz von Düngemitteln und chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist auf den Flächen im Umweltinteresse ausgeschlossen. „Diesen Satz will der Bundesrat im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland aufgenommen sehen. „Flächen im Umweltinteresse“ heißen die ökologischen Vorrangflächen im deutschsprachigen Verordnungstext

werden, die laut EU-Verordnung von den Mitgliedstaaten überhaupt anerkannt werden können. Auch Zwischenfruchtanbau soll anerkannt werden und nach EU-Vorgabe mit dem Faktor 0,3 gewichtet werden (d.h. 1 ha Zwischenfrucht entspricht 0,3 ha ökologischer Vorrangfläche).

Der Bundesrat hat am 11.04.2014 in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf einen Änderungsvorschlag be-

solche Verordnung liegen noch keine Entwürfe vor, die sind aber in Arbeit. Der Bundesrat hat – wie eingangs beschrieben – in seiner Stellungnahme klar formuliert, dass er auf diesen Flächen keine Spritze, keinen Düngestreuer und auch kein Güllefass in Aktion sehen will. Eine der weiteren Forderungen des Bundesrates lautet, dass ökologische Vorrangflächen in einem räumlichen Bezug zur Betriebsstätte lie-

anzulegen. Diese Forderung des Bundesrates bezieht sich allerdings auf keine konkrete Stelle im Gesetzentwurf, sondern ist allgemein bzw. auch an die EU gerichtet.

Weiteres Verfahren

Was der Bundesrat beschlossen hat, ist bisher „nur“ eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf. Dazu wird nun die Bundesregierung eine Gegenäußerung schreiben. An beide ist aber der Bundestag nicht gebunden. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD werden den Gesetzentwurf zwar ändern, aber es nicht zu erwarten, dass insbesondere CDU/CSU den Forderungen des Bundesrates substantiell nachkommen will. Nach der Abstimmung des Bundestags, die vom 8. Mai wohl auf Mitte Mai verschoben wird, kann der Bundesrat dann Einspruch einlegen und den Vermittlungsausschuss anrufen, aber er kann das Gesetz nicht wirklich aufhalten. Möglich ist aber, dass Bund und Länder dazu übergehen werden, nicht nur das Gesetz zu verhandeln, sondern auch die oben schon erwähnten Verordnungen, in denen weitere wichtige Details – unter anderem auch zum Grünlandschutz – zu regeln sind. Dann bekommt der jetzige Beschluss des Bundesrates Gewicht. Denn bei diesen Verordnungen ist die Bundesregierung – anders als beim Gesetz – zwingend auf die Zustimmung der Bundesratsmehrheit angewiesen. Noch ist das alles ein Ablauf mit einigen Unbekannten.

Ulrich Jasper



Distelbeikraut in Ackerbohne, einfach mal rausziehen

Foto: BLE / Thomas Stephan

der EU. Alle Betriebe mit mindestens 15 ha Ackerland müssen ab dem Jahr 2015 solche Flächen vorweisen, wenn sie die Direktzahlungen in voller Höhe bekommen wollen, und zwar im Umfang von fünf Prozent ihrer betrieblichen Ackerfläche. Betriebe, deren Antragsfläche zu drei Vierteln aus Grünland, Grasanbau oder Leguminosen (inkl. Klee gras) besteht, müssen diese Flächen erst ab 30 ha Ackerland vorweisen. Gestritten wird in Deutschland nun darüber, was auf diesen ökologischen Vorrangflächen angebaut werden darf und mit welchen Bewirtschaftungsmethoden, also ob z.B. Düngung und Pflanzenschutz zugelassen, eingeschränkt oder untersagt werden.

Zwischenfrüchte raus

Die Bundesregierung hat in ihrem Gesetzentwurf mit dem Kurztitel „Direktzahlungen-Durchführungsgesetz“ vorgesehen, dass in Deutschland alle Flächennutzungen bzw. Flächenarten als ökologische Vorrangflächen anerkannt

geschlossen, wonach Zwischenfrüchte nicht als ökologische Vorrangfläche anerkannt werden. Begründet wird das damit, dass Zwischenfrüchte zwar die Nitratauswaschung verringern und zur Bodenverbesserung beitragen, aber nur „einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Biodiversität“ leisteten, obwohl das nach EU-Recht die vorrangige Aufgabe dieser ökologischen Vorrangflächen sei. Zudem seien Zwischenfruchtflächen „äußerst verwaltungsaufwändig, u. a. aufgrund eines zusätzlich erforderlichen Kontrolltermins im Winterhalbjahr“, wenn sie hier anerkannt werden. Die Bundesregierung sieht in ihrem Gesetzentwurf noch keinerlei Einschränkungen etwa für Pflanzenschutz oder Düngung auf den ökologischen Vorrangflächen vor. Der Gesetzentwurf ermächtigt allerdings das Bundeslandwirtschaftsministerium, im Einvernehmen mit dem Umweltministerium und mit Zustimmung des Bundesrates in einer Rechtsverordnung weitere Kriterien festzulegen. Für eine

gen sollen. Damit soll verhindert werden, dass Betriebe aus landwirtschaftlichen Gunstregionen auf Flächenjagd in benachteiligten Regionen gehen, um dort ihre ökologischen Vorrangflächen

Pflugverbotszone

Zu der Frage, wie der Erhalt des Dauergrünlands, der ebenfalls Bestandteil des Greenings ist, im oben genannten Bundesgesetz konkret geregelt werden soll, haben im Bundesrat die unterschiedlichen Anträge einzelner Länder keine Mehrheiten gefunden. Im Bundestag aber steht der Dauergrünlanderhalt bisher im Zentrum der Gespräche zwischen CDU/CSU und SPD zum Gesetzentwurf. Die Abgeordneten der Union, aber auch einzelne der SPD, drängen darauf, dass nicht das gesamte Dauergrünland innerhalb von Natura 2000-Gebieten als „umweltsensibel“ eingestuft wird, wie es noch im Gesetzentwurf steht. Denn diese Einstufung hätte zur Folge, dass alle Dauergrünlandflächen in FFH- und Vogelschutzrichtlinien-Gebieten ab dem Jahr 2015 nicht nur als Dauergrünland erhalten werden müssten, sondern zudem mit einem absoluten Pflugverbot belegt würden. Ein Umbruch zur Wiedereinsaat wäre dann nicht mehr zulässig bzw. würde zu Kürzungen der Direktzahlungen führen. Die Abl hat in der Anhörung des Bundestagsausschusses zum Gesetzentwurf vorgeschlagen, sich beim Dauergrünland zunächst darauf zu konzentrieren, das gesamte Dauergrünland, also auch außerhalb von Natura 2000-Gebieten, zu erhalten. Dazu solle ab 2015 jede geplante Umwandlung von Dauergrünland zu Ackerland generell genehmigungspflichtig werden, um so zu verhindern, dass der Anteil von Dauergrünland weiter abnimmt. Der Gesetzentwurf lässt bisher einen weiteren Rückgang von bis zu fünf Prozent gegenüber 2012 zu.

Ulrich Jasper

Balanceakt Schweineschwänze

Mehr Tierwohl ist immer auch eine Preisfrage

Als die Frau vom Fernsehen ihn fragt, warum es ihm denn so wichtig sei, dass die Schweine ihre Schwänze behielten, ist Christian Meyer für einen Sekundenbruchteil irritiert. Dann antwortet der grüne niedersächsische Landwirtschaftsminister sachlich, dass es nicht akzeptabel sei, Tieren Körperteile zu amputieren um sie an Haltungssysteme anzupassen, dass die Gesellschaft das nicht länger akzeptiere. Orts-termin auf dem Neuland-Schweine-Betrieb von Martin Schulz im Wendland. 400 Mastschweine in Ausläufen auf Stroh geben sich, frisch eingestreut, herrlich fotogen. Christian Meyer will informieren, dass er die Umsetzung des Tierschutzplans seines Vorgängers konsequent umsetzen und ab Ende 2016 das Kupieren der Schweineschwänze endgültig verbieten wolle. Die Presse macht symbolische Fotos, wie er auf einem Bein balancierend, das andere in den obligatorischen Plastiküberschuh frickelt. Die Presse hört zu wenn er von verschiedenen Förderungsmöglichkeiten spricht, eine nach Betriebsgrößen gestaffelte Weideprämie für Milchvieh ist auf den Weg gebracht, Veränderungen im Agrarinvestitionsprogramm sollen Neubauten artgerechter Ställe bevorzugen und eine Prämie an Bauern soll gezahlt werden für Tiere, die artgerecht gehalten werden, Schweine auf Stroh mit Schwänzen, Hühner mit Schnäbeln. Die Presse hört auch zu, wenn der ortsansässige Bauernverbandsvertreter halblaut sagt, dass das ja hier alles schön und gut sei, aber besser?... und so lange die Verbraucher nicht kauften, sowieso nur für wenige ein Weg.

Schwarz-Weiß-Malerei

Die ISN sagt es danach lauter in einer Presseerklärung: Meyer solle endlich mit der Schwarz-Weiß-Malerei aufhören, es sei fahrlässig, allgemeingültige Vorgaben für die rund 6.400 schweinehaltenden Betriebe in Niedersachsen aus den 40 Neuland-Betrieben abzuleiten. Meyer solle lieber eingestehen, dass Schwanzbeißen überall ein Riesenproblem sei, und überall vorkommen könne, unabhängig von der Haltungform, der Betriebsgröße und Art der Bewirtschaftung und das es noch keine Lösung gebe. Deshalb habe der Tierschutzplan auch nicht das Verbot für Ende 2016 vorgesehen, sondern lediglich eine Leitfadenerstellung zum Thema. In Schweden sieht man die Thematik offenbar anders. In einem Brief an den EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg forderte der schwedische Landwirtschaftsminister Eskil Erlandsson endlich die konsequente Umsetzung der EU-Tierschutzrichtlinie, insbe-

sondere in dem Punkt Schwänze kupieren.

Weniger Geld

Schweineschwänze sind auch Thema der Initiative Tierwohl, momentan allerdings nicht vorrangig. Stattdessen geht es ums Geld. Diskussionen um eine finanzielle Beteiligung der Schlachtindustrie sind vom Tisch. Ein veröffentlichter Finanzrahmen sieht vor, dass der Handel nun alleine vier Cent pro Kilogramm Frischfleisch für die Initiative bereitstellt und die den beteiligten Bauern ausschüttet, wenn die Kriterien aber auch die Schlachtkörperbefunddaten stimmen. Der Handel hat allerdings angekündigt, statt des ursprünglich angesetzten Finanzvolumens von rund 130 Mio. Euro pro Jahr, nun nur noch rund 60 Mio. Euro bereitstellen zu wollen. Ob das mit der nächsten Preissenkungsrunde im Fleischbereich, ausgelöst durch Aldis Vorstoß Hähnchenfleisch 20 % billiger zu verkaufen, zu tun hat, bleibt Spekulation. Der Bauernverband kritisierte Aldi, indem er dem Konzern vorwarf, damit die gemeinsam angestoßene Initiative Tierwohl zu unterlaufen. Lidl betonte laut Lebensmittelzeitung, man würde es begrüßen: „wenn es trotz des harten Wettbewerbs in Deutschland gelänge, ein Preisniveau im Frischfleisch-Sektor zu finden, das die richtigen und wichtigen Anstrengungen für mehr Tierwohl unterstützt.“ Das hielt Lidl nicht davon ab, nach Aldi die Preise zu senken. *cs*

Kurzes am Rande

Vielfältige Fruchtfolge wird lukrativer!

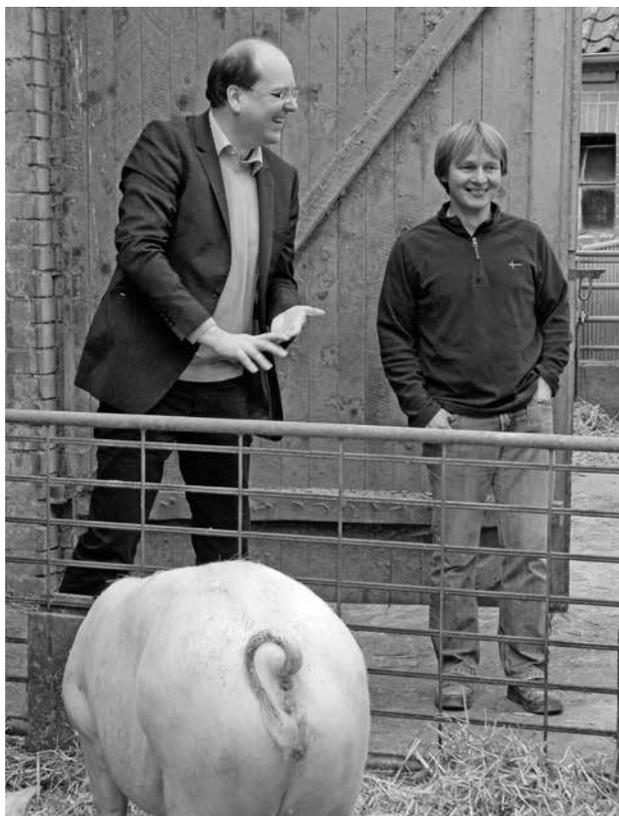
Die Agrarumweltmaßnahme „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“ wird für die neue Förderperiode noch lukrativer. Innerhalb des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgaben für Agrarstruktur & Küstenschutz sind für den Anbau von mindestens 5 Hauptkulturen, darunter mindestens 10 Prozent Leguminosen, Fördersatz bis zu 125 €/ha Ackerfläche möglich. Die Bundesländer können diese Agrarumweltmaßnahme anbieten. Nordrhein-Westfalen und andere Länder bieten diese AUM schon seit längerem an. Die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden sie für die neue Förderperiode aufnehmen. Genauere Informationen über die Ausgestaltung der „Vielfältigen Kulturen im Ackerbau“, welche Bundesländer das Programm auflegen, für welche Betriebe es interessant sein könnte, erhalten Sie auf der Projekthomepage unter <http://www.vom-acker-in-den-futtertrog.de/foerderung> oder bei ihren Landesämtern. In der Regel ist der Antrag mit dem Sammelantrag bis zum 15. Mai abzugeben. *cd*

Mais Vorrang

Mais ist eine Wunderpflanze. Berater der Landwirtschaftskammer Niedersachsen geben bereits Empfehlungen heraus, wie Mais nach Mais als ökologische Vorrangfläche angerechnet werden kann. Sie beziehen sich darauf, dass auf Druck von Ministerrat und EU-Parlamentariern in die EU-Verordnung aufgenommen worden ist, dass auch Flächen mit Untersaaten als ökologische Vorrangfläche von den Mitgliedstaaten anerkannt werden können. Die Berater empfehlen, zwischen die Maisreihen zwei Reihen Weidelgras- oder Rot-schwengel-Mischungen zu drillen, beim Weidelgras auch gut möglich in einem Arbeitsgang mit einer Gülleausbringung. Spritzpläne liefern die Experten gleich mit, und zwar sowohl für die Vegetationsperiode als auch für das Abtöten spätestens Mitte/Ende März im Folgejahr mit Glyphosat-haltigen Präparaten. Ob diese Empfehlungen für die Betriebe hilfreich sein werden, hängt maßgeblich davon ab, worauf sich Bundestag, Bundesregierung und Bundesländer zur Umsetzung des Greenings in Deutschland einigen. *uj*

Immer neue Ideen gegen Demokratie

EU-Handelskommissar Karel de Gucht hat sich die geheimen Verhandlungen um das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) bestimmt anders vorgestellt. In der Vergangenheit konnte er sich immer darauf verlassen, dass Handelsabkommen an der Öffentlichkeit vorbei durch die Parlamente in Europa gewunken wurden. Das zeichnet sich bei dem geplanten transatlantischen Abkommen nicht ab. Bauern und Zivilgesellschaft gelingt es immer mehr, die Inhalte und Art der Verhandlungen in die Öffentlichkeit zu bringen und kritischen Wind in Richtung EU-Kommission zu blasen. Selbst die Politik fängt an zu wackeln. Das wäre dann der Schwachpunkt für solch ein geplantes Handelsabkommen. Denn es muss am Ende vom EU-Rat und EU-Parlament unterzeichnet werden. Und: Da es sich um ein sogenanntes gemischtes Abkommen handelt, also die Inhalte weit über Zollsenkungen hinaus gehen und Belange nationaler Gesetzgebungen betreffen, müssen auch die Parlamente aller EU-Mitgliedsländer ihre Zustimmung geben. Das versucht de Gucht aktuell zu ändern. Er bereitet eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof vor, demnach nicht automatisch jedes gemischte Handelsabkommen auch die Zustimmung der nationalen Parlamente bedürfe. Zum Umgang mit den transatlantischen Handelsgesprächen in den USA sagt Shefali Sharma auf der jüngsten Veranstaltungs-Rundreise der ABL: „In den USA werden die Verhandlungen noch nicht so stark geheim gehalten wie in Europa. Das liegt an der Arroganz der Konzerne. Die erwarten zurzeit noch wenig Gegenwind von der Gesellschaft.“ *bet*



Schwein mit Schwanz, Schulz mit Meyer

Foto: Schievelbein

Auf Leguminosen muss man sich einlassen

Bei genauerer Betrachtung kann auch ein Anbau ohne Dünger und Pestizide sehr positiv sein

Die Diskussionen um das Greening und dessen inhaltliche Ausgestaltung ebbent nicht ab. Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) und Dünger auf ökologischen Vorrangflächen: Ja oder Nein? Werden Zwischenfrüchte zugelassen und überhaupt: Welcher Gewichtungsfaktor kommt für die jeweiligen Nutzungsoptionen in Frage? Da ist noch viel Musik drin. In den landwirtschaftlichen Mainstream-Medien werden in der Regel nur die angeblichen Kosten des Greenings berechnet. Zehn bis hundert Euro je Hektar wusste die *top agrar* in ihrer letzten Ausgabe zu be-

traproduktiv. Schwefel, dem man als Düngemittel noch am ehesten eine positive Ertragswirksamkeit zuschreiben könnte, erzielt im Ökolandbau nur in bestimmten Jahren einen positiven Effekt. Bei den in der Regel höher versorgten konventionellen Böden wird dies noch seltener der Fall sein. Auch wirtschaftlich sind die Feinleguminosen für konventionelle Betriebe im Vergleich zum Maisanbau interessant, da sie ein wertvolles, rohproteinreiches Futter liefern und nachfolgende Kulturen Vorfruchteffekte nutzen können. Betriebe mit geringer bis mittlerer Be-

krankheiten hat sich auch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein angenommen. Sie untersuchte die Ertragswirksamkeit eines Fungizideinsatzes in Form von 1 l/ha Folicur während der Vollblüte und errechnete im Schnitt der vier Jahre Ertragsvorteile von 4 dt/ha bei einem allgemein hohen Ertragsniveau von etwa 60 dt/ha. Zu den Auswirkungen von Schädlingen, wie Blattläuse, Erbsenwickler und Bohnenkäfer, sind dem Autor keine vergleichbaren Studien bekannt. Verschwiegen werden soll an dieser Stelle aber nicht, dass es hier in einigen Jahren durchaus zu Ertragsausfällen kommen kann.

die sich gut in Maschinengemeinschaften nutzen lassen. Bei adäquater Auseinandersetzung mit Pflanze(n) und Technik lässt sich ein hoher Wirkungsgrad erzielen.

Beratung

Die sinnvolle Integration von Körnerleguminosen ohne Pflanzenschutzmitteleinsatz in konventionellen Betrieben wird dann interessant sein, wenn es eine ausreichende Auseinandersetzung mit den „neuen Kulturen“ gibt. Ein Anbau so „nebenbei“ wird nicht funktionieren. Wichtig bleibt, unabhängig von der Produktionsweise, die angemessene Bezahlung der wertvollen Rohproteinträger. Sollten die Leguminosen innerhalb der ökologischen Vorrangflächen eine relative Vorzüglichkeit erhalten, das heißt in erster Linie kein Zwischenfruchtanbau zulässig werden, fällt der Beratung, was den Anbau und die Verwertung angeht, eine wichtige Rolle zu. In diesem Zusammenhang bleibt zu hoffen, dass die Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) so schnell wie möglich die Demonstrationsvorhaben für Ackerbohne und Erbse auf den Weg bringt.

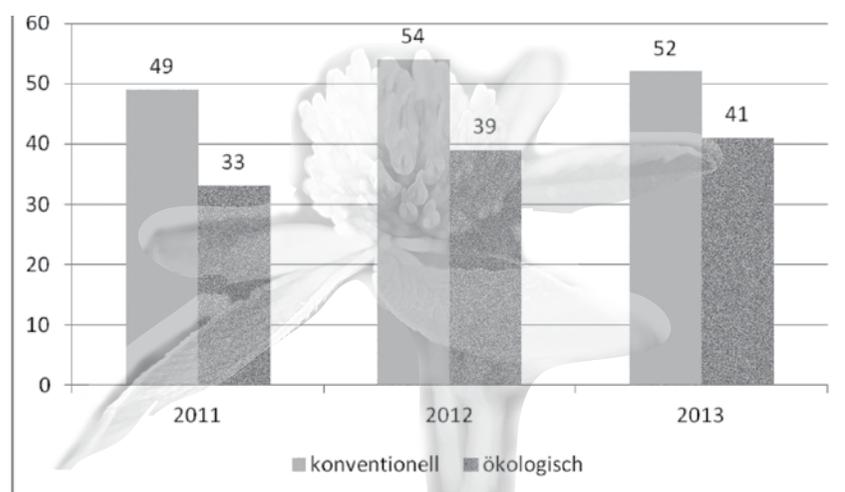
Solange dies nicht der Fall ist, werden Eiweißfuttermittel-Projekte, wie die der AbL in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (in Kooperation mit dem KÖN), vorerst einige Lücken schließen.

Fazit

Etwas, was großen Teilen der Landwirtschaft gänzlich abhandengekommen ist, ist das Denken in Kreisläufen, oder wenigstens in Zusammenhängen. Die Praxis, durch Austauschen einer Art eine andere ökonomisch adäquat zu ersetzen, wird nicht klappen. Für die ökologischen Vorrangflächen gibt es Optionen, die die bisher angebauten Arten nicht in gleicher Funktion substituieren. Aber das brauchen sie auch nicht. Sie sollen einen Weg in eine andere, ökologischere Praxis ebnen. Dabei sind die Möglichkeiten, die Leguminosen bieten, erheblich und je mehr die Intensität des Landbaus im Allgemeinen sinkt, desto lukrativer werden Erbse, Luzerne und Co.

*Christoph Dahlmann,
Projektleiter des NRW-AbL Projektes
„Vom Acker in den Futtertrog“*

Erträge im Ackerbohnen-Monitoring, konventionell & ökologisch 2011 bis 2013 in dt/ha



richten. Seitdem hat sich einiges geändert. Der sogenannte Gewichtungsfaktor für Leguminosen beträgt statt 0,3 nun 0,7. Das bedeutet, wenn ein 100 Hektar Ackerbaubetrieb über Ackerbohne, Erbse oder Klee seine fünf Prozent ökologische Vorrangfläche bedienen möchte, wird er dafür etwas mehr als sieben Hektar dieser stickstoffsammelnden Arten anbauen. Wie sieht es für konventionelle Betriebe aus, die sich mit der Option Leguminosenanbau auseinandersetzen, aber vor der möglichen Einschränkung des Nichteinsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Düngern zurückschrecken?

Welche Leguminose?

Hier ist sicherlich eine Unterscheidung zwischen dem Anbau von Körnerleguminosen, wie Ackerbohne & Co, und den Feinleguminosen, wie Klee und Luzerne, für den Feldfutterbau angebracht. Für letztere spielen Pflanzenschutzmittel gar keine ertragsrelevante Rolle. Stickstoffdünger sind eher kon-

triebsmittelintensität können darüber hinaus die sehr guten Vorfruchteffekte für die nachfolgenden Kulturen nutzen. Bei den Körnerleguminosen sieht dies anders aus. Erhebungen aus dem Leguminosen-Monitoring bezüglich der Erträge von Ackerbohnen weisen im Schnitt der drei Jahre höhere Erträge von etwa 27 Prozent bei den konventionellen Ackerbohnen aus (siehe Grafik).

Ertragsrelevante Parameter

Der Forschungs- und Wissensstand zu Leguminosen ist noch ausbaufähig. Nichtsdestotrotz sind in den zurückliegenden Jahren einige Punkte genauer betrachtet worden. So hat die Landwirtschaftskammer NRW in einer zehnjährigen Versuchsreihe die Ertragswirksamkeit von einer 40 kg/ha Schwefelgabe auf den Ackerbohnenanbau untersucht. Die Erträge waren über die Versuchsjahre um fünf Prozent höher als die ungedüngte Kontrollvariante. Des Themas Regulierung von Blatt-

Ohne Spritze – Was nun?

In klassischen Marktfruchtbetrieben oder flächenstarken Veredlungsbetrieben mit einer weiteren Fruchtfolge sollte die Integration einer Körnerleguminose aus Sicht der Beikrautregulierung kein Problem darstellen. Hier hat sich in der Regel eine an die Winterungen angepasste Ackerbegleitflora entwickelt. Eine Ackerbohne, zum Beispiel, muss aus phytosanitärer Sicht hier sicherlich als Auflockerung betrachtet werden und die konventionellen Betriebe werden das Beikraut mechanisch ebenso gut in Schach halten können, wie ihre ökologisch wirtschaftenden Kollegen. In Regionen mit hohen Maisanteilen, sprich einer Sommerung, wird dies anders aussehen. An diesen Standorten ist in der Regel mit einem hohen Beikrautdruck in Ackerbohne & Co zu rechnen. Hier ist in den meisten Fällen von einem Anbau einer Körnerleguminose ohne den Einsatz von PSM abzuraten. Sinnvoller ist bei diesen Betrieben die Integration eines Kleeegrases oder - bei der Möglichkeit einer innerbetrieblichen Verwertung - der Gemengeanbau. Ein Anteil von 20 bis 40 Prozent der ursprünglichen Getreidemenge, zum Beispiel Sommergerste, wird mit einem Anteil von zum Beispiel 60 bis 90 Prozent der ursprünglichen Aussaatmenge Erbse gemischt und ausgesät. Das Getreide ist in der Jugendentwicklung schneller als die Leguminose und hat eine Beikrautunterdrückende Wirkung, die Leguminose übernimmt diese für die spätere Vegetationsphase. Zur mechanischen Beikrautregulierung kann gesagt werden, dass viele effektive und schlagkräftige Maschinen auf dem Markt sind,



Gut moderiert, konstruktiv und motiviert: Die Infoveranstaltung der SoLaWi-Frankfurt auf dem Dottenfelder Hof

Foto: Nürnberger

Bauer gesucht

In Frankfurt machen sich Verbraucher auf den Weg eine Solidarische Landwirtschaft zu gründen

Im Herbst vergangenen Jahres hat sich in Frankfurt am Main eine Gruppe von Menschen mit dem Ziel gefunden, eine Solidarische Landwirtschaft aufzubauen. Zwanzig Personen bilden den festen Kern, ca. 60 Menschen bedient der Mailverteiler. Das besondere an der Frankfurter Gruppe ist, dass die Initiative nicht von einem Landwirt oder Gärtner ausgeht, sondern aus der Stadt kommt. Nicht der Produzierende macht sich Gedanken über seine Situation der Abhängigkeit und sucht nach einer verbindlichen Gemeinschaft, sondern die Abnehmer schließen sich zusammen. In Frankfurt ist es vor allem der Wunsch nach Versorgungssicherheit mit regionalen Lebensmitteln und Transparenz bei Anbau und Ernte. Auch der persönliche Kontakt zu den Produzenten und die Wertschätzung der Landwirtschaft sind wichtige Argumente. Und natürlich geht es um die Versorgung mit vielfältigen, frischen, vi-

talenen und schmackhaften Lebensmitteln. Ende März traf man sich auf dem Dottenfelder Hof in Bad Vilbel, um sich näher über Solidarische Landwirtschaft zu informieren, sich kennenzulernen und nächste Schritte zu planen.

Von Erfahrungen profitieren

Klaus Ströber vom Hof Hollergraben in der Sächsischen Schweiz stellte seinen Weg zur Solidarischen Landwirtschaft vor. Heute versorgt die Hof Hollergraben GbR 70 Menschen in einer regionalen Wertegemeinschaft. Wer ein Gemüse- und Brotabo abschließt, verpflichtet sich für ein Jahr. Der Preis beträgt derzeit pro Person zwischen 60 und 65 Euro im Monat. Dafür gibt es zwar keine Erdbeeren im Winter aber zu jeder Jahreszeit ein umfangreiches Angebot an frischen Gemüsen, Obst und Brot direkt vom Hof. An zwei Tagen in der Woche

können sich die Mitglieder der Warengemeinschaft die Produkte aus über 40 Kulturen an einem marktähnlichen Stand auf dem Hof abholen.

Wie geht's weiter

Für die Frankfurter Gruppe klingt das alles hochinteressant. Wie berechnet man den Preis der Ernteanteile, wie viele Menschen machen mit? Wer könnte überhaupt für uns produzieren? Noch ist kein passender Betrieb gefunden, aber es gibt erste Gespräche. Doch die Anforderungen sind hoch. Nach Möglichkeit sollte der Hof mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein. Neben Obst und Gemüse soll es auch Milchprodukte, Fleisch und Eier geben. Wichtiger als eine Öko-Zertifizierung ist eine stabile Vertrauensbasis.

Nächste Schritte

Neben den vielen Fragen zur Solidarität untereinander, den Einblicken in die Landwirtschaft, dem Wunsch an der Produktion beteiligt zu sein, sollen jetzt konkrete Schritte folgen. In diesem Frühjahr beginnt eine erste Kooperation mit einem Betrieb in der Wetterau. Zwei weitere Höfe und eine Gärtnerei hat die Gruppe schon beabsichtigt. Eine Frage, die am Ende unbeantwortet im Raum steht: Wer steht im Zentrum der Planung und Organisation: Der landwirtschaftliche Betrieb oder die SoLaWi-Gruppe? *mm*

Solidarische Landwirtschaft:

Wer sät kann ernten, aber nur was geerntet ist kann auch verkauft werden. Bauern und Gärtner gehen in Vorleistung. Sie finanzieren Saatgut und Maschinen. Arbeiten bis zur Ernte quasi ohne Einkommen. Sie tragen das Risiko für Wetterkapriolen, wie Hagel oder Kälteeinbrüche und Starkregen, und für Schädlingsbefall und bei Krankheit. Warum soll allein der Bauer oder Gärtner dieses Risiko tragen. Vor dem Hintergrund der großen Entfernung und Anonymität in der Lebensmittelkette nur schwer vorzustellen. Die Solidarische Landwirtschaft ist aber gerade hierzu angetreten. Direkte Kontakte von Verbrauchern und Produzenten. Durch verbindliche Zusage, in der Regel für ein Jahr, wird ein fester monatlicher Beitrag zugesagt. Dieser berechnet sich aus dem Bedarf des landwirtschaftlichen Betriebs oder der Gärtnerei inklusive der Gehälter, geteilt durch die Anzahl der Personen und Haushalte, die durch ihren Beitrag Ernteanteile erstehen. Die Mitglieder der Solidargemeinschaft können dann regelmäßig an Abholstationen alle Produkte des Hofes kostenfrei abholen. Das Konzept hat zum Ziel, dass nicht mehr das einzelne Lebensmittel finanziert wird, sondern der ganze landwirtschaftliche Betrieb. Ziel ist eine regionale Struktur und eine enge Verbindung von Hof und Verbrauchern innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft. Je nach Region und den Interessen der Mitglieder sind SoLaWi-Projekte in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert, gibt es mehr oder weniger direkte Mitarbeit. Je nach Ausrichtung und Lage des Betriebes kann eine mehr oder weniger vollständige Versorgung über das Jahr gewährleistet werden.

Imageträger Weidegang

Die Göttinger Agrarökonomin Kühl, Ermann und Spiller haben in den DLG-Mitteilungen nachdrücklich auf die nicht zu unterschätzende Bedeutung des „Imageträgers Weidegang“ hingewiesen. Sie verwiesen auf ihre Untersuchungen, die ergaben, dass für Verbraucher der Auslauf der Tiere ins Freie eine zentrale Bedeutung hat. So stimmten etwa Dreiviertel der Befragten der Forderung nach Weidehaltung zu, und 62 % konnten „sich nicht vorstellen, dass es Kühen, die nur im Stall stehen, gut geht“. Für tiergerecht hielten die Verbraucher den Boxenlaufstall mit Weidegang/81 %, deutlich weniger den Boxenlaufstall ohne Weidegang (43 %), gleichauf mit der Anbindehaltung mit Weidegang (42 %) – und abgeschlagen die Anbindehaltung ohne Weidegang (10 %). Die Forscher konstatierten auch eine deutliche Mehrzahlungsbereitschaft zwischen 7 und 18 Cent pro Liter Weidemilch. Nur noch 42 % der deutschen Kühe haben Weidegang – auch wegen der zunehmenden Herdengrößen und den dadurch fehlenden hofnahen, arrondierten Grasflächen. Die Forscher verweisen auf die Weidemilchprogramme von Molkereien wie FrieslandCampina (plus 1 Cent Erzeugerpreis), Arla, Ammerland, Schwarzwaldmilch, Kerrygold und Cono und fordern zukünftig größere Anstrengungen zur Beibehaltung von Weidesystemen. Niedersachsen fördert aktuell ein Weidemilchprojekt. *en*

Volksinitiative gegen Massentierhaltung

Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg hat eine Volksinitiative gegen Massentierhaltung auf den Weg gebracht. Bis zur Landtagswahl im Spätsommer will der Zusammenschluss verschiedener Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt 25.000 Unterschriften sammeln, „um der jetzigen und zukünftigen Landesregierung zu verdeutlichen, dass die Zukunft der Tierhaltung und Landwirtschaft in Brandenburg ein entscheidendes Thema“ ist. *cs*

Gegen undifferenziertes Pflugverbot

Angesichts des von der Bundesregierung beabsichtigten Pauschal-Umbruchverbots von Dauergrünlandflächen in Natura-2000-Gebieten bekräftigt die AbL Niedersachsen/Bremen ihre Unterstützung für den aus klima-, umwelt- und naturschutzfachlichen dringend notwendigen Grünlandschutz, kritisiert aber gleichzeitig das geplante undifferenzierte und wenig sachbezogene Pauschal-Pflugverbot. Der Schutz des Dauergrünlands vor einer Umwandlung in Ackerland sei nachvollziehbar, demgegenüber müsse aber in naturschutzfachlich unbedenklichen Fällen ein Umbruch, auch mit Pflug, zur Neu-Ansaat bzw. Grasnarben-Erneuerung erlaubt bleiben. Nötig sei eine Bestandsaufnahme und Eingrenzung von absolut zu schützenden Flächen sowie ein finanzieller Ausgleich für Einschränkungen. Notwendig sei auch eine Flexibilisierung der bisher starren Regelung, wonach Bauern ihr Grünland mit Ackerstatus (also frühere Ackerflächen) nach fünf Jahren umbrechen müssten, damit es danach nicht in Dauergrünland umklassifiziert wird – dies sei absolut kontraproduktiv zum Ziel des Grünlanderhalts. Die AbL forderte zudem, die bisherige Benachteiligung des Grünlands zu beenden. *en*

Ökologische Pflanzenzüchtung in Kassel

Das Fachgebiet Ökologische Pflanzenzüchtung und Agrarbiogenetik der Universität Kassel treibt eine Pflanzenzüchtung voran, die nicht nur Sortenvielfalt sondern auch eine höhere genetische Variation innerhalb der Sorten hervorbringt. Damit sollen Nutzpflanzen langfristig und ohne Gentechnik widerstandsfähiger und besser an geographische und klimatische Schwankungen angepasst werden. Derzeit würden genetische Analysen durchgeführt, die Schlüsse zuließen auf die Genorte von Resistenzen in den gängigen Getreidesorten, aber auch wildem Weizen. Mit diesen Erkenntnissen, die Züchtern zur Verfügung gestellt werden sollen, können diese dann entsprechend kombinieren und weiterarbeiten. Für spätere Sortenzulassungen wäre wichtig, dass genetische Variabilität kein Ausschlusskriterium mehr sein dürfte. Die Uni Kassel in Witzenhausen ist Vorreiter in Sachen ökologische Pflanzenzüchtung, in Hinblick auf eine immer biotechnologischere Entwicklung der übrigen Züchterzene entsprechend wichtig für das Aufzeigen alternativer Wege. *cs*

Milchmarktbeobachtungsstelle guckt nur

Es war eine ganz alte Forderung des Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter – die EU-Beobachtungsstelle für den Milchmarkt. Was der BDM allerdings immer damit verbunden hatte, war eine Marktsteuerungsfunktion. Die nun tatsächlich eingerichtete Institution hat diese Funktion nicht. Deshalb wird sie auch von Bauern- und Industrieverband begrüßt als Instrument zur Marktbeobachtung, Datensammlung und Diskussionsforum nach Ablauf der Milchquotenregelung. Ob sich daraus irgendwann ein Marktsteuerungsinstrument entwickeln kann, hängt auch vom Druck der Milchbauern und ihrer Verbände ab. *cs*

Kurzes am Rande

Alternativen entwickeln

AbL NRW beschäftigt sich mit dem geplanten Freihandelsabkommen

So geheim wie es geplant war, konnte es ja nicht weitergehen. Seit Monaten laufen Gespräche zwischen Verhandlungsdelegationen der EU und den USA. Das geplante Freihandelsabkommen (TTIP) soll Hunderttausende Arbeitsplätze auf beiden Seiten der großen Machtblöcke bringen, und natürlich den Handel weiter vorantreiben, so die Versprechungen der Befürworter. Die Delegationen verhandeln zwar weiterhin hinter verschlossenen Türen, aber immerhin kann man von dem Beginn einer zivilgesellschaftlichen Bewegung reden, die den intransparenten und zutiefst undemokratischen Prozess anprangert und öffentlichen Druck aufbaut. Um diesen Druck auf unterschiedlichen Ebenen zu beleuchten, waren Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der europäischen Grünen/EFA, Berit Thomsen, Referentin für Internationales bei der AbL und Gregor Kaiser, Biologe und Waldbauer aus dem Sauerland, als ReferentInnen zur Mitgliederversammlung der AbL NRW eingeladen worden.

Handel nur vordergründig

Berit Thomsen zeigte mit einem Blick zurück, in die Zeiten der WTO seit Mitte der 1990er Jahre auf, wie die Konzerne ihr Interesse an diesen Handelsrunden verloren haben. In den multilateralen Runden der 160 Mitgliedstaaten konnten sie zu wenige ihrer Interessen durchsetzen. Daraufhin entstanden immer mehr bilaterale Handelsabkommen. So hat die EU insgesamt schon 45 mit anderen Ländern abgeschlossen, 87 weitere sind davon in Verhandlung, davon ist eins das zwischen der EU und den USA. Weiter führte die Expertin aus, dass es beim TTIP nur vordergründig um den Agrarhandel ginge, und letzt-

endlich für den Bereich der Landwirtschaft Agrarfabriken stärken solle, statt Bauernhöfe. Aus diesem Grund müsse es gestoppt werden. Martin Häusling sah die europäischen Umwelt- und Verbraucherstandards und das Vorsorgeprinzip, welches in mühseliger Arbeit in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der EU-Rechtssprechung verankert werden konnte, durch die laufenden Verhandlungen gefährdet. Er sprach sich für eine inhaltliche Auseinandersetzung und für ein Aussetzen der Freihandelsgespräche aus. Ein generelles „Stopp“ zu fordern, findet er taktisch nicht geschickt und würde einem alle Handlungsoptionen nehmen. Gregor Kaiser stellte neue wie alte Optionen dar, um dem ewigen Hamsterrad des „Wachsens oder Weichens“ ein wenig zu entkommen. Von der gemeinschaftlichen Nutzung von Maschinen, über die Bewirtschaftung von Boden außerhalb von klassischen Eigentumsverhältnissen, vergleichbar dem System des Mietshäusersyndikats bis hin zur Entwicklung von Wissen zum Aufbau einer bäuerlichen Saatgutproduktion. Gerade den letzten Punkt sah er als gute Kommunikationsbrücke zu vielen VerbraucherInnen, die in den letzten Jahren zunehmend ein Bewusstsein für den Eigenanbau entwickelt hätten.

Neuwahlen

Innerhalb der internen Landesmitgliederversammlung standen in diesem Jahr Wahlen an. Der alte Vorstand ist auch wieder der neue. Bernd Schmitz, Ulrike Eggersgluß und Friedel Gieseler werden als Vorsitzende des Vorstandes für weitere zwei Jahre die Geschicke der AbL NRW lenken.

Christoph Dahlmann
AbL-NRW



Betriebsspiegel:

80 ha (Acker, Viehweiden, Wald, Streuobstwiesen, Naturschutzflächen)
ca. 1,5 ha Gemüsebau Erdbeerselbsternte
7 Mutterkühe mit Nachzucht
200 Legehennen
15 Schweine
Getreidereinigung
Hofladen

Unser Traumbauernhof liegt im Südwesten von Rheinland-Pfalz, in einem Tal, umgeben von Wald, Weiden, Streuobstwiesen und Getreidefeldern. Es gibt Kühe, Hühner und Schweine, eine Getreidereinigung, Gemüsebau, Erdbeerselbsternte und einen

Hofladen. Unser Weg zum „Wahlbacher-Hof“ kommt mir steinig und lang vor. Auf der Suche nach ihm sind wir mit unserer ältesten Tochter dreimal umgezogen, haben etliche Höfe abgeklappert und uns auch schon auf einer Demeter-Gemüsegiärtnerei eingearbeitet, die wir nach einem Jahr Probearbeit übernehmen sollten. Nach dem Jahr kam die Nachricht, dass der Betriebsleiter aus finanziellen Gründen verkaufen muss. Das war Mitte 2013. Die Suche musste also von neuem beginnen. Wir haben in Zeitungen inseriert und auf „hoffinder.de“ geschmökert, ich habe einige Krisen und Zu-

kunftsängste überstanden, gehofft und gebangt. Unser Anspruch war zugegebenermaßen hoch: ein vielseitiger Betrieb sollte es sein, biologisch bewirtschaftet, Wohnstelle auf dem Hof, Nähe zu den Großeltern (wegen der beiden Kinder), wenn möglich kein Milchvieh. Letztendlich haben wir über eine Bekannte den Tipp bekommen, dass der „Wahlbacher-Hof“ nahe Zweibrücken eine Nachfolgerfamilie sucht. Wir kamen sofort mit dem Betriebsleiterehepaar ins Gespräch – und fanden uns sympathisch. Jetzt sind wir am Renovieren. Mitte Mai soll der Umzug sein. Inzwischen

also der vierte für unsere Familie. Wir ziehen in eine kleine Dreizimmerwohnung über der Wohnstätte des Betriebsleiterehepaars (die wollen nämlich noch zehn Jahre auf dem Hof bleiben). Nebenan, die Wohnung der Eltern des Betriebsleiters (die sollen bis zu ihrem Tod auch dort bleiben). Für ein Jahr werden wir angestellt sein, um dann im Mai 2015 den Hof in Eigenverantwortung zu übernehmen.

Das Abenteuer „Hofsuche“ haben wir vorerst überstanden. Unser nächstes Projekt ist „solidarische Landwirtschaft“. Wir wollen raus aus dem Markt- und Wachstumszwang. Wir wollen im Einklang mit der Natur und Umwelt einen vielseitigen Bauernhof betreiben, dessen Tiere artgerecht gehalten werden und die Produkte wie Gemüse und Getreide aus nachhaltiger Bewirtschaftung stammen. Es sollen sich Menschen aus der Region mit „ihrem“ Hof identifizieren können, um den Wert von Boden und Arbeit zu schätzen und zu erhalten. Für uns beginnt jetzt die Suche nach diesen Menschen und der Aufbau einer „solidarischen Gemeinschaft“.

Marlene Herzog

Der soll es sein!

Was soll ich denn schreiben? Bin doch auf keinem Hof! Wie soll ich denn da jetzt ne Hofstory zusammenkriegen? Kaum sitze ich aber im Zug von der ersten AbL Beiratssitzung in Kassel auf dem Nachhauseweg, kommt mir gleich eine Idee in den Sinn: Ich könnte ja über mein erstes Mal schreiben? Ich meine über mein erstes Mal, oder besser gesagt mein erstes Jahr im AbL-Landesvorstand von Baden-Württemberg. Punkt 1: Meine liebe Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft bundesweit, zunächst mal vielen lieben Dank, dass ihr mir als Nicht-Bäuerin erlaubt bei euch mitzumischen und mit euch Spaß zu haben, das ist voll nett!! Lieben herzlichen Dank für eure Offenheit und euer Wohlwollen und für euren Vertrauensvorschuss, den ich so sonst auch nicht gerade bei jedem Verein erlebe. In Altkirchen wird man von den meisten Alteingesessenen mit netten Worten wie: „Dich habe ich hier auch noch nie gesehen, woher kommst Du - schön dass Du da bist,“ begrüßt. Das ist einfach toll. Punkt 2: Liebe AbL Baden-Württemberg, vielen lieben Dank für das große Vertrauen, dass ihr mir schenkt und mir einfach mir nichts, dir nichts eine Position im Landesvorstand anvertraut. Nun zum eigentlichen, zu Punkt 3: zu unserem ersten gemeinsamen Jahr. Weil ihr, die ihr alle nicht in den Vorstand gewählt wurdet oder nicht wolltet, nämlich gar nicht wisst, was euch entgangen ist. ES WAR HERRLICH, um es gleich vorweg zu nehmen. Es war wahnsinnig sympathisch, es war engagiert, es war bunt, es war konstruktiv, es war sehr aktiv, unsere persönlichen Treffen waren Highlights und ich muss Euch sagen liebe



Herrlich!

Beate, Bernhard, Birgit, Christian, Franz, Frieder, Friedhelm, Gudrun, Martin, Petra es macht mir super viel Spaß mit euch zu arbeiten!!! Jeder von euch ist neben seinem täglichen Hofgeschäft noch auf allen möglichen sonstigen agrarpolitischen Baustellen unterwegs. Ihr seid offen, ihr habt kluge Ideen, ihr seid jeder auf seinem Gebiet voll drin im Thema: sei es Ausbildung, EU- Saatgutverordnung, Tierkrankheiten, Landfrauen, Gentechnik, MEKA und AFP, MEPL, Grünlandumbruchverbot, Mitgliederwerbung, und und und... ihr seid einfach extrem engagiert!!! Das beeindruckt mich wirklich – Respekt, ihr seid ein toller Haufen! Das erste Mal mit euch war wunderbar! Zugegeben, es gab manchmal schon auch Zeiten wo ich dachte, ich hab jetzt eigentlich grad keine Kapazität mehr und ey, jetzt mal ehrlich, wieso soll ich mich eigentlich dauernd für die Bauern einsetzen, ich bin ja

nicht mal bei uns im Fotografenverband aktiv und das ist teilweise auch ne sehr brotlose Kunst. Doch jedes Mal, wenn ich ein wenig länger über ein eventuelles Aufhören oder so nachdachte, kam sofort das Gefühl: „Och nee, das sind alles soo coole Leute da, das macht einfach soo viiiel Spaß mit denen, ich will da nicht aufhören!!!“ Und dann, das muss ich jetzt schon auch noch erwähnen, das ist nämlich das Zuckerle für obendrauf, ist das ganze ja auch noch auf SCHWÄBISCH. Und liebe Leute, ich finde den schwäbischen Dialekt, einfach ootzgeil! Im Ernst. Schließt einfach mal kurz die Augen und fühlt euch in den schwäbischen Stimmengesang hinein, dann öffnet gaaanz langsam wieder eure Augen und begeben euch hinein in unsere Welt... „So, sind jetzt alle do, odär fählt no ebber?“... „Di Frog isch halt ob mer des etzet so mache kännet...“... „Jo mir hän schlimmeres erwartet...“

und so werden unsere monatlichen Telefonkonferenzen für mich, wenn ich dann spät abends gedanklich manchmal etwas abschweife, den Ernst der Themen ausblende und nur dem schwäbischen Singsang lausche, fast ein wenig zum Mundart Kabarett. Alles frei nach dem Landes-Motto: wir schaffen alles außer Hochdeutsch!

Bigi Möhrle

Selbständige Fotografin und Agraringenieurin und einige Sommer z`Alp in Graubünden (verheiratet, 41 Jahre)

Betriebsspiegel

1 Paar Gummistiefel mit Stahlkappe
1 alter Border Collie
1 Hausgarten
1 Bauwagen-Büro im Waldhaus am Bodensee
1 WG-Büro in Berlin Kreuzberg

Amerikanischer Blick auf das Freihandelsabkommen EU/USA

Die us-amerikanische Handelsexpertin appelliert an einen Zusammenschluss Kritiker in den USA und Europa um TTIP zu verhindern

Werden die Interessen der Bäuerinnen, Bauern und VerbraucherInnen beim geplanten Freihandelsabkommen EU/USA untergepflegt? Dieser Frage wurde auf insgesamt sechs Veranstaltungen der AbL mit regionalen Bündnispartnern in Dresden, Weitnau (Allgäu), Fulda, Bekond (bei Trier), Westerstede (bei Oldenburg) und Elmshorn (Schleswig-Holstein) nachgegangen. Hauptreferentin war die US-amerikanische Handels- und Landwirtschaftsexpertin Shefali Sharma vom Institut for Agriculture and Trade Policy (IATP) aus Washington. Beim geplanten Freihandelsabkommen EU/USA – den Verhandlungen für eine neue Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) – geht es einerseits darum Märkte zu öffnen. Vor allem aber geht es darum, Standards und gesetzliche Regelungen zu „harmonisieren“. So könnte das Freihandelsabkommen dazu genutzt werden, die lokale Lebensmittelherzeugung, die regionale Verarbeitung und Vermarktung zu stärken und jeweils die „besseren“ Lebensmittel- und Sozialstandards zu etablieren. Aber die Ziele sind andere. Sie sind bekannt, weil im Mai 2013 über 20 US-Agrarindustrieverbände – vornehmlich aus der Fleisch-, Molkerei- und Getreideindustrie – ihre Stellungnahmen an das US-amerikanische

Handelsministerium schickten und darin klar ihre Interessen bekundeten. Diese Eingaben sind öffentlich. Das IATP hat sie ausgewertet und in einem Hintergrundpapier die Zitate der Industrieforderungen aufbereitet. Die Wunschliste der Konzerne ist lang: Sie wollen die Verwendung von Wachstumshormonen (Antibiotika, Ractopamin) in der EU aufheben, die Chlorbehandlung von Hühnerfleisch erlauben, aber auch die Zulassung von

gentechnisch veränderten (GV) Pflanzen zum Import nach Europa beschleunigen. „Man darf sich aber nichts vormachen, denn sicherlich sind die Interessen der europäischen Agrarindustrie ziemlich deckungsgleich. Allerdings veröffentlichen sie ihre Positionen nicht, wohlwissend, dass das auf breite Ablehnung in der europäischen

Bevölkerung stoßen würde“, so Sharma.

Vorsorgeprinzip unterlaufen

Weiteres klares Ziel ist es, das Vorsorgeprinzip der EU zu schwächen und dafür den „wissensbasierten“ US-Ansatz durchzusetzen. Wenn in der EU neue Produkte, Technologien, Medikamente etc.

zugelassen werden, muss nach dem Vorsorgeprinzip sichergestellt werden, dass diese keinen Schaden in der Umwelt oder der menschlichen Gesundheit verursachen. Die USA bemängeln, dass dieser Ansatz nicht wissenschaftlich ist. Die USA

stützt sich hingegen auf industriebasierte Studien. Das US-System geht davon aus, dass solange nicht bewiesen ist, dass Chemikalien, Hormone, GV-Pflanzen schädlich sind, dürfen sie verwendet werden. Zwei völlig unterschiedliche Systeme, die nun angeglichen werden sollen.

Hormone und Chlorbad

So möchten die Konzerne bspw. das Ractopamin-Verbot in der EU aufheben. Früher wurde Ractopamin als Asthma-Medikament verwendet. Heute wird es als Wachstumshormon in der Schweinemast eingesetzt. Ractopamin ist in 160 Ländern verboten – darunter in der EU. Ractopamin schützt Stresshormone aus und verstärkt die eh schon extrem stressauslösenden Haltungsbedingungen in den Mastbetrieben. Die US-Fleischindustrie sieht dieses Verbot als nicht gerechtfertigt an, weil es wissenschaftlich nicht bewiesen sei und gegen internationale Standards verstoßen würde. Von sechs Studien, die sie anführen, sind drei von Ractopamin-Herstellern selber durchgeführt worden.

Die US-Hähnchenindustrie sagt, dass „in den USA ... täglich mit hochgradig chlorhaltigem Wasser behandelte Hühnerchen von über 300 Millionen US-Bürgern konsumiert, sowie von Verbrauchern aus den fast 100 Ländern, in

die die US-Industrie momentan Produkte exportiert, konsumiert werden. Es sind keine negativen gesundheitlichen Auswirkungen bekannt.“ Die Chlorbehandlung ermöglicht es, die Schlachttaktung zu erhöhen und die Kontrollen zu verringern. Durch eine Harmonisierung der Standards soll auch in Europa die Chlorbehandlung möglich werden.

Von globaler Dimension

Offiziell heißt es, dass die Standards harmonisiert werden sollen. Harmonisierung aber heißt, dass Lebens- und Futtermittel, die nach US-Standards erzeugt worden sind, hier akzeptiert und ungekennzeichnet verkauft werden dürfen – und umgekehrt. Noch viel schlimmer für Shefali Sharma ist, „dass die Standards, die gerade verhandelt werden, auch in der restlichen Welt eingeführt werden sollen.“

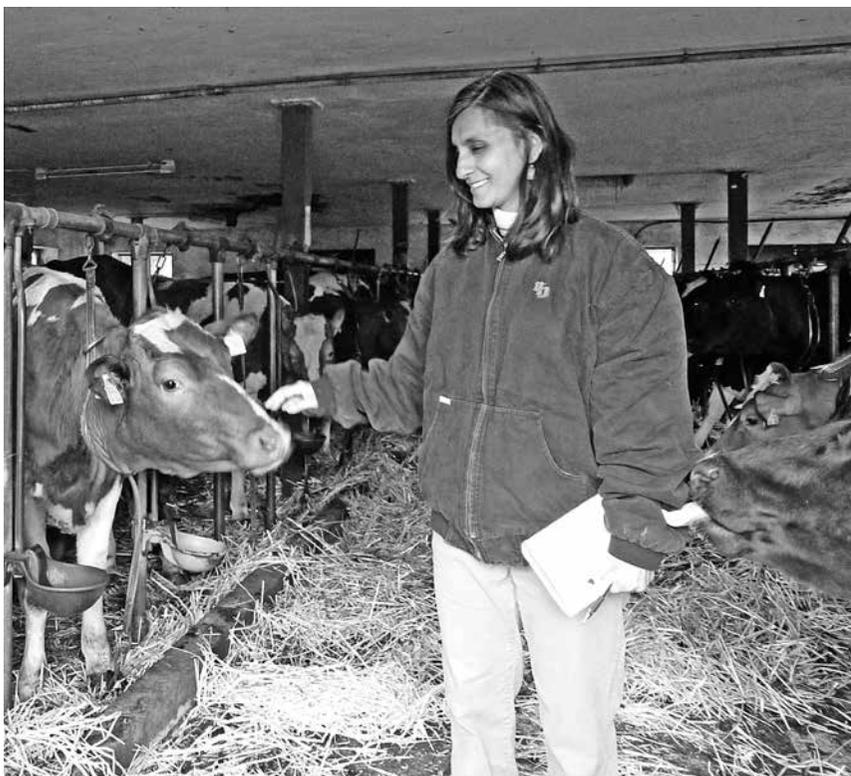
In den USA wird aktuell diskutiert, ob es beim Freihandelsabkommen ein so genanntes „fast track“ – also ein Schnell-Verfahren geben soll. Bislang hat der Kongress umfangreiche Mitspracherechte. Setzt sich Obama durch, dann würden diese stark eingeschränkt. Ähnlich wie in der EU, wo die EU-Parlamentarier und Mitgliedsstaaten keine inhaltlichen Veränderungen anstoßen, sondern nur am Ende „Ja“ oder „Nein“ sagen können.

Gemeinsam kämpfen

Für Shefali Sharma war es ermutigend, dass so viele Menschen auf die Veranstaltungen gekommen sind und den dreistündigen Diskussionen zu Handelspolitik interessiert und aktiv folgten. Ein solch politisches Interesse wünscht sie sich auch in den USA. Aber auch in Amerika gibt es eine wachsende Bewegung, die sich für eine regionale Lebensmittelherzeugung einsetzt. Regierungen haben Programme zur regionalen Lebensmittelversorgung bspw. in Schulen und Kantinen eingerichtet. Immer wieder plädiert Shefali Sharma für einen Zusammenschluss der Zivilgesellschaften beiderseits des Atlantiks und ist überzeugt, dass es gemeinsam gelingen kann TTIP zu stoppen.

Annemarie Volling

Hintergründe: „10 gute Gründe“, www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/hintergruende-positionen.html



Shefali Sharma auf dem Hof der Familie Wehling in Schleswig-Holstein

Foto: Volling



Für einen Umbau der Landwirtschaft

Biologischer Landbau ist keine Alternative, sondern das bessere System

Auf der Biofach 2014, Anfang des Jahres in Nürnberg, wurden die Zahlen für den Biosektor bekannt gegeben. Der Biomarkt boomt weiter, war die gute Nachricht. Etwas verhaltener war die Reaktion auf die Wachstumszahlen der Anbaufläche. Diese liegen geschätzt, für das Jahr 2013, bei nur noch knapp einem Prozent. Was ist los im Ökosektor? Funktionieren die Mechanismen von Angebot und Nachfrage nicht mehr? Das Gegenteil ist der Fall. Sie funktionieren, und zwar außerordentlich gut. Das Angebot an Bio-ware ist vorhanden, nur kommt es derzeit immer öfter aus dem Ausland. Sehr zum Nachteil der heimischen Bioproduzenten.

Raus aus der Nische, und dann?

Viele Jahre haben die Anbauverbände über das Nischendasein der Bioprodukte geklagt. Dann kam der Durchbruch. Bio kam in die Supermärkte. Die Nachfrage überstieg die Produktion. Die Europäische Union standardisierte die Produktion. Bei deutschen Kontrollstellen sorgte man sich um die Qualität der ausländischen Ware. Insbesondere die von den Discountern gesuchten Biomöhren tauchten immer wieder in großen Chargen wie aus dem Nichts auf. Damals verließ man sich auch auf die Qualitätskontrollen des Lebensmitteleinzelhandels. Größere Skandale blieben aus. Dennoch hatte der globalisierte, zumindest europäisierte Markt auch den Biosektor er-

fasst. Regionalität rückte immer mehr in den Hintergrund. Saisonalität war schon lange verloren gegangen. In besonderer Weise trifft dies die Kartoffelanbauer. Obwohl sie bis weit in den Mai gute einheimische Ware anbieten konnten, bezog der Lebensmitteleinzelhandel mit Beginn der Spargelsaison neue Kartoffeln aus Ägypten oder Israel. Die heimischen Kartoffeln blieben liegen. Die Macht der einzelnen Produzenten gegenüber einem stark konzentrierten Zwischenhandel und nur wenigen Handelsunternehmen war zu gering. Wie wirksam die Vernetzung und das organisierte Auftreten der Erzeuger auf einem immer unübersichtlicheren Markt sein kann, zeigen seit einigen Jahren Zusammenschlüsse wie der Bio-Kartoffelverein.

Bio um jeden Preis, das geht nicht. Gerade im vergangenen Jahr, in dem der Abstand von konventionellen zu Bioprodukten immer geringer wird ist es nicht erstaunlich, dass es immer weniger umstellungswillige Erzeuger gibt. Längst müssten aber bei den Bioverbänden die Alarmglocken schrillen. Die Zeiten, in denen Bundesministerinnen Zukunftsziele von 20 Prozent Bioanbaufläche formulieren, sind lange vorbei. Das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Christian Schmidt zeigt sich gegenüber der *taz* denn auch wenig beunruhigt: Schließlich würden ja nur die Wachstumsraten der Bioflächen sinken, eine Schrumpfung der Fläche in diesem Jahr sei hingegen nicht zu er-

warten. Vor allem aber scheinen vielen Verbrauchern, zumindest in den Discountern, die Herkunft der Bioprodukte gleichgültig zu sein. Am Ende entscheidet der Preis der Produktion und der ist im Ausland oftmals niedriger als in Deutschland. Aber es wächst auch die Verbrauchergruppe, der Regionalität, die Produktion in bäuerlichen Strukturen und der direkte Kontakt wichtig ist. Das zeigt sich nicht zuletzt an den wachsenden Bewegungen, wie die der Stadtgärten und der Solidarischen Landwirtschaft.

Bio ist mehr

Die Europäische Union überarbeitet zurzeit die EU-Bioverordnung mit dem Ziel, die Standards europaweit anzugleichen. Die Einführung des EU-Bio Siegels im Jahr 2000 hatte den deutschen Markt für Biowaren aus ganz Europa geöffnet. Der Versuch der Bioverbände, die nicht organisierte, vor allem ausländische Konkurrenz nach dem Motto, Verbandsbio ist besser als EU-Bio abzudrängen, ist gescheitert. Die jetzige Überarbeitung der EU-Bioverordnung soll gerade diesen Unterschied aufheben. Für die deutschen Biobauern geht es zukünftig darum, den Mehrwert ihrer Produkte auf dem Markt, am besten schon gegenüber den Handelsunternehmen, deutlich zu machen. Der Preis dürfte hier nur selten das bestechende Argument sein. Versteht man den biologischen Landbau als eine andere, nachhaltige Form der

Landbewirtschaftung, dann ergibt sich der Mehrwert auch aus der gesellschaftlichen Relevanz der heimischen Produktion. Eigentlich geht es dem Biolandbau nicht darum einen Teil des Lebensmittelmarktes zu erobern. Es geht um einen Umbau der der ganzen Landwirtschaft. Weg von intensiven, ducherationalisierten und rein am Profit interessierten Unternehmen, hin zu einer auskömmlichen, die natürlichen Ressourcen schonenden, die Biodiversität steigernden, gesellschaftlich anerkannten Nahrungsmittelproduktion. Die Ergebnisse des Weltagrarberichts und des Weltklimaberichts zeigen eindeutig in diese Richtung. Wichtige Schritte machen derzeit vor allem die von grünen Ministerien geführten Bundesländer, indem sie, wie in Hessen, Biolandbau als verpflichtendes Fach an den Berufsschulen einführen, Fördersätze erhöhen und Ökoaktionspläne aufgelegt werden. In Zeiten, in denen Wirtschaftlichkeits- und Renditedenken auch im Ökosektor immer mehr in den Vordergrund rücken, sollte es die Aufgabe der Anbauverbände sein zu verhindern, dass die Nachhaltigkeit und damit die Zukunftschancen einer ganzflächigen ökologischen Landwirtschaft zugunsten eines konventionellen Ansatzes, ausgerichtet auf hohe Erträge zu geringen Kosten, nur ohne Pestizide und mineralische Dünger, geopfert wird.

Diplomatisches Dilemma

Der Entwurf der EU-Ökoverordnung sorgt für Aufregung, aus verschiedenen Gründen

Man fühlt sich schlecht behandelt, vielleicht auch nicht mehr so geliebt. Die Bioszene leidet darunter, dass neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EU-Kommission in Brüssel sie nicht mehr mit am Schreibtisch sitzen lassen wollten, als sie den Entwurf der neuen EU-Ökoverordnung geschrieben haben, so wird ihr Verhalten zumindest in der Brüsseler Administration zum Teil interpretiert. Dass aus dem nicht mehr mit am Tisch sitzen, handwerkliche Fehler entstanden sind, die Felix Prinz Löwenstein, Vorstand des Bundesverbandes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), beklagt und beispielhaft auf Absurditäten wie Sitzstangenmaße für Enten verweist, mag nachvollziehbar kritisierbar sein. Ob jedoch die vehemente Entrüstung, die Bioverbandsvertreter speziell der Frage der Rückstandskontrollen in Bioprodukten entgegenbringen, in der gefühligen Gemengelage nicht auch von Nachteil sein kann, ist mindestens fraglich. Kommissionsmitarbeiter lassen sich jedenfalls gern mit den Worten zitieren, es ginge hier schließlich nicht nur um die Bauern, sondern eben auch darum, was die

Verbraucher wollten. Die hatten in den im Vorfeld durchgeführten Online-Konsultationen immer wieder den Wunsch nach Bioprodukten, die frei von Pestizid-Rückständen sind, ganz oben auf ihre Prioritätenliste gesetzt. „Es gibt Verbraucher, denen die Nachhaltigkeit der Lebensmittelerzeugung wichtig ist. Die werden immer Bio kaufen. Aber viele kaufen auch ökologisch erzeugte Lebensmittel, weil sie diese für gesünder halten. Wenn die erfahren, dass auch Öko-Produkte Pestizid-Rückstände haben können, werden sie kein Bio mehr kaufen, selbst wenn die Pestizid-Gehalte weit unter den zulässigen Höchstgrenzen liegen“, sagt Joao Onofre, Abteilungsleiter Ökolandbau bei der EU-Kommission im Interview mit *top agrar*.

Zwei Standpunkte

Dieser Standpunkt liegt ein Stück weit woanders als die Auffassung der Bioverbände, Felix Prinz Löwenstein sagt: „Grundsätzlich definiert sich Bioproduktion durch den Prozess, dadurch dass wir anders mit der Umwelt und den Tieren umgehen, es ist nur ein Ne-



Verbraucheransprüche spielen bei der EU-Ökoverordnung eine große Rolle

Foto: ©BLE, Bonn/Dominic Menzler

bennutzen, wenn das auch geringere Belastungen der Produkte mit sich bringt.“ Nun scheint es, als würde die vorhandene Distanz zwischen beiden Standpunkten noch weiter durch die diplomatischen Verstimmungen auf beiden Seiten. Schließlich kann das Ansinnen der Kommission, die immer betont, den Ökolandbau stärken und schützen zu wollen nicht sein, dem ehrlichen Biobauern die chemischen Lasten der konventionellen Nachbarn aufzubürden, deshalb müsste sie bei ihrem Rückstandsvorstoß immer auch den Nebensatz anhängen, dass selbstverständlich die Verordnung so geregelt sein muss, dass die Verursacher den Schaden zu tragen haben. Vielleicht hält die Kommission es nicht für erwähnenswert, weil es sowieso Grundprinzip der EU ist, atmosphärisch ließe sich mit einer expliziten Betonung des Prinzips und vor allem dessen konsequenter Umsetzung punkten. Und auch eine vernünftige Antwort auf die leidige Frage. „Wer soll das bezahlen?“ könnte eine vertrauensbildende Maßnahme sein.

Gefährlich und falsch?

Auf der anderen Seite ist die Frage zu stellen, ob der Weg der EU-Kommission wirklich als „gefährlich und falsch“ bezeichnet werden muss, wie es ein Kommentar von Bioland tut. Es sei politisch falsch, so in die Defensive zu gehen, so die Ansicht eines politischen Beobachters in Brüssel. Schließlich will die EU-Kommission nicht den apokalyptisch beschworenen Paradigmen-

wechsel von der Prozess- zur Produktkontrolle, sondern setzt weiterhin weitestgehend auf die von ihr als bewährt empfundene Prozesskontrolle, an die Praxis angepasst durch eine Risikoorientierung. Das heißt, wer schon mal auffällig geworden oder groß und unübersichtlich ist, wird genauer und häufiger kontrolliert, wer nicht, etwas weniger. Das sollte heimische, bäuerliche Strukturen bevorzugen, ebenso wie die geplanten schärferen Kontrollen von Drittlandware und eine europaweite Anpassung der Standards. Und Rückstandskontrollen sind nicht etwas grundsätzlich Neues im Biobereich, die konventionellen Ketten machen das beispielsweise sowieso schon, und in Baden Württemberg gibt es ein staatliches Pestizid Monitoring für Bioprodukte.

Alte und neue Baustellen

Und nun? „Es wäre töricht nur zu sagen, wir wollen das alles nicht, aber es geht eben auch nicht, nur in öffentlichen Konsultationen Verbraucherwünsche abzufragen und nicht mit den Wirtschaftsbeteiligten zu reden“, macht Felix Prinz Löwenstein das Dilemma klar. Aus seiner Sicht gebe es noch genug Baustellen, an der die aktuell gültige Verordnung weiterentwickelt werden müsste. Stattdessen tauchten ganz neue Schwierigkeiten in der neuen Verordnung auf. Da gehört das Kuriosum, dass Bioenten künftig auf Stangen sitzen sollen, sicher noch zu den geringsten.

cs



Die Zukunft des Ökolandbaus in Europa in wessen Hand?

Foto: EU-Kommission

Raus aus der Demutshaltung

Wie ein Bio-Erzeugerzusammenschluss zwar nichts verkauft, aber trotzdem wirkt

Sie ist Geschäftsfrau und Chefdiplomat, Löwenbändigerin und Seelsorgerin. Monika Tietke ist Geschäftsführerin des Biokartoffelvereins, einem Zusammenschluss von inzwischen 107 Betrieben mit über 2.000 ha, das ist mehr als ein Drittel der Biokartoffelanbaufläche in Deutschland. Angefangen hat der Verein, der nicht an einen Ökolanbauverband gebunden ist, wohl aber nur Verbandsmitglieder aufnimmt, vor etwas mehr als drei Jahren mit 11 Mitgliedern. Damals wie heute ging es um die Bündelung der Interessen der Ökokernter gegenüber vor allem den großen Abnehmerstrukturen, speziell dem konventionellen Lebensmittel Einzelhandel. „Im Hinblick darauf sind inzwischen fast alle marktrelevanten Erzeugerbetriebe bei uns dazugekommen“, sagt Monika Tietke und erklärt die Situation im Biokartoffelmarkt: 60 % aller Biokartoffeln werden in Deutschland über die Discounter abgesetzt – für Aldi, Lidl und Co. gehört es inzwischen zur Imagepflege auch Bio anzubieten, Kartoffeln transportieren da, neben Möhren, am besten „Biobasics für alle“ und sind auch noch entsprechend verfügbar. 20 % der Biokartoffeln gehen dann noch über die konventionellen Vollsortimenter wie Edeka weg, der Rest wird klassisch über den Naturkostfachhandel und Hofläden vermarktet.

Total anonymisiert

Die Kanäle in die konventionellen Discounter und Supermärkte seien entsprechend total anonymisiert, böten aber eben auch Anbauern mit Markterferne die Absatzmöglichkeit, so Tietke. Allerdings sorgten Anonymität und Intransparenz für immer mehr Unmut unter den Kartoffelanbauern, Unmut, der schließlich zur Gründung des Vereins führte. Wobei es nie darum ging, selber Kartoffeln zu verkaufen. „Wir sind ein nicht-vermarktender Zusammenschluss und haben damit ganz andere Möglichkeiten zu agieren“, macht Monika Tietke deutlich. Was so banal klingt, hat die Situation auf dem Biokartoffelmarkt grundlegend geändert. Durch die informative Vernetzung der Bauern und detaillierte Anbau- und Bestandserhebungen vor und während der laufenden Vermarktungssaison entsteht eine Transparenz, die auch für die Packer und Vermarkter Relevanz hat. Auch dort ist die Szene übersichtlich

und einer der drei Großen, – Böhmer/Lehmann, Naturland Marktgenossenschaft, Ökokontor – die sich dreiviertel des Marktes teilen, hat schon öffentlich bekundet, dass der anfänglich mindestens mit Argwohn betrachtete Bauernzusammenschluss inzwischen maßgeblich zur Preisstabilität im Biokartoffelmarkt beiträgt. Ein Ritterschlag auch für Tietkes Fingerspitzengefühl und Hartnäckigkeit, mit der sie es eben immer wieder schafft, dass die Leute mit den unterschiedlichen Interessenslagen offen und zumindest halbwegs ehrlich miteinander umgehen. „Natürlich ist der Drops noch nicht gelutscht“, schränkt Tietke ein, Drohgebärden gebe es immer mal wieder, aber: „Den Ketten ist eigentlich egal, was die Kartoffeln kosten, Hauptsache der andere hat sie nicht billiger“, lautet ihr Plädoyer für Transparenz. Und nachdem der Verein mit handfesten Zahlen über zwei Vermarktungsperioden deutlich machen konnte, dass es heimische Ware fast übers ganze Jahr in guten Qualitäten gibt und nicht nur bis die Vermarkter im Frühjahr der Spargel sticht, haben Aldi und Lidl dieses Jahr erstmals angekündigt, so lange bei alterntigen, deutschen Biokartoffeln zu bleiben, wie welche verfügbar sind. „Sonst war in der Woche vor Ostern Schluss, dann kamen die Ägypter.“

Preiswürdig vermarkten

Die Initiative 300 Tage Biokartoffeln von hier, die der Verein vorvergangenes Jahr angeschoben hat, trägt Früchte. Die Aktionen damals, vor Aldi- und Lidl-Märkten Kartoffel zu verschenken, die die Bauern aufgrund der Listungspolitik der Kette nicht mehr loswurden, hat in der ganzen Szene Eindruck hinterlassen. „Die Ketten wollen positiv wahrgenommen werden, und der Wunsch nach Regionalität spielt beim Verbraucher eine große Rolle“, resümiert Tietke. Dabei ist ihr Deutschtümelei ebenso fern wie auch Marktabschottung, aber Lagerkartoffeln anzubauen sei nun mal eine aufwendige und kostenintensive Angelegenheit, sowieso schon mit so vielen Unwägbarkeiten behaftet, dass am Ende zumindest einigermaßen gewährleistet sein müsse, dass die vermarktungsfähige Ware auch preiswürdig verkauft werden könne. „Das Ziel, was mir vorschwebt, ist ein mit dem Handel abgestimmtes Preisband, welches Si-

cherheit gibt, dass der Preis nicht unter eine bestimmte Marke abrutscht, das Lagerzuschläge zulässt aber eben auch die oberen Extreme abschneidet.“

Absortierungen zurücknehmen

Auch Preisdrückerei über Preisabzüge aufgrund wirklicher oder vermeintlich schlechter Produktqualität war für den Verein von Anfang an ein Thema, ebenso wie die Frage, was denn mit den Absortierungen bei den Packern eigentlich passiert. Schon früh reifte der Gedanke, man müsse eine Möglichkeit finden, die Partien, die ja eigentlich den Bauern gehören, von den Packern aber „entsorgt“ – das heißt unter Umständen auch zu gar nicht so schlechten

haltung“, bekennt Monika Tietke.

Inhalt und Aussage

Bevor sie in Kartoffeln machte, köderte sie schon für Demeter-Safthersteller Voelkel bundesweit den konventionellen LEH mit lakonischen Sätzen wie: „Überlegen Sie mal wie viel Granini sie für eine Kiste Voelkel im Laden schleppen müssen.“ Sie weiß wovon sie redet wenn sie sagt: „Du kannst alles vermarkten, wenn Du es nur kommunizieren kannst“, ihre eigenen Kartoffeln, die sie und ihr Mann auf ihrem schon 1978 umgestellten Biohof im Wendland ernten, verkaufen sie im nächstgelegenen Bioladen selbstbewusst ungewaschen mit dem Spruch „Wir können



Monika Tietke: Eine streitbare Wendländerin, nicht nur bei Biokartoffeln Foto: Schievelbein

Konditionen noch an die Verarbeitung weiterverkauft werden – zurückzuholen, um sie selbst entsprechend zu vermarkten. Mit der Biokartoffel Nord wurde nun ein Vermarkter gefunden, der bereit ist, mittels seiner Logistik und entsprechenden Kontakten eine Zusammenarbeit in Sachen Absortierung aufzunehmen. Der Verein übernimmt eine gewisse Wächterfunktion. Die Bilanz nach der ersten Saison ist nicht nur in den Zahlen positiv. Vielleicht noch wichtiger ist das Signal, was auch hier gesendet wird: wir Bauern lassen nicht mehr alles mehr oder weniger kommentarlos mit uns machen. „Wir sind nicht mehr in der Demuts-

Kartoffeln ... die schmecken.“ Die Leute wollten das, Erde dran, den Bauer dahinter, was zum Anfassen, Authentizität, sagt Tietke und: „Bio muss wieder mehr Inhalt und Aussage kriegen, im Moment ist das, wie mit Schwartau und Schwartau Extra, wo ist das Besondere?“ Das Besondere suchten gerade alle, auch die großen Supermärkte, die merkten, dass der Verkauf von Fernsehern und Angelruten nicht ewig trage, so Tietkes Überzeugung. Deshalb passe der Moment gut, um sich als Biobauern zu organisieren und dadurch auch mit mehr Selbstbewusstsein aufzutreten. cs

Die Märkte wachsen, die Produktion stagniert

Trotz steigender Bionachfrage in Deutschland wächst der Flächenanteil nur noch marginal

In den Supermärkten, beim Discounter oder auf dem Wochenmarkt, biologisch erzeugte Produkte sind aus dem Lebensmittelangebot nicht mehr wegzudenken. Längst greifen nicht mehr nur der fundamentale Ökoaktivist oder die besorgte Mutter für ihr Kleinkind zu den Biohören. Biobiolebensmittel finden sich neben allen anderen in vielen Einkaufskörben. Dies spiegeln auch die Absatzzahlen. Um 7,2 Prozent steigerte sich der Umsatz im vergangenen Jahr. Das Paradoxe: In Deutschland wächst die ökologisch bewirtschaftete Fläche kaum. Gerade ein Prozent war es im vergangenen Jahr. Die Zahl der Öko-Betriebe stieg im gleichen Zeitraum um zwei Prozent. Dabei war die Ökolandbaufläche seit 1990 kontinuierlich, zeitweise sogar rapide gewachsen. Der Flächenanteil hatte sich in diesem Zeitraum mehr als verzehnfacht. Ende 2011 wurden über eine Mio. Hektar von 22.506 Betrieben ökologisch bewirtschaftet. Aber auch die Umstellung auf Ökolandbau befreit nicht von wirtschaftlichen Zwängen. Auch ökologische Betriebe sind vom kontinuierlichen Strukturwandel betroffen

2010 zur konventionellen Landwirtschaft zurück. Die Hauptgründe, so die Wissenschaftler, sind die Anforderungen an die Dokumentation, die Kontrollen sowie die aufwendigere Beschaffung von Betriebs- und Futtermitteln. Vor allem extensiv wirtschaftenden Nebenerwerbsbetrieben ist dieser Aufwand bei gleichzeitiger Kürzung der Ökopremien zu hoch. Für viele Betriebe, vor allem im Allgäu und der Schwarzwaldregion, aber auch in Bayern, sind auslaufende Ausnahmeregelungen, insbesondere die Anbindehaltung, Ausstiegs-kriterien. Ein dritter Faktor ist die Richtlinienverschärfung zu einer hundertprozentigen Biofütterung. Ein letzter hier aufgegriffener Aspekt ist die ökonomisch konkurrenzlos bessere Flächennutzung, beispielsweise durch den Anbau von Energiepflanzen für eine Biogasanlage. Die Untersuchung beschränkt sich in ihrer Betrachtung auf den Ausstieg aus der Ökolandwirtschaft. Nicht näher betrachtet wird die Motivation, die zum Einstieg in den Ökolandbau geführt hat. Allerdings zeigen die Wissenschaftler, dass Betriebsleiter, die vor

die die Betriebe zum Ökolandbau geführt haben. Vor allem die MKS und BSE-Krise mit Beginn Ende 2000 führten in den folgenden Jahren zu einem sprunghaften Wachstum des Biomarktes mit Wachstumsschritten von bis zu 50 Prozent Umsatzplus im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel. Gestützt wurde diese Entwicklung durch den politischen Willen nach 20 Prozent Biolandbau innerhalb von zehn Jahren und einer massiven, mit 6,5 Mio. Euro geförderten Bewerbung des bis heute bekannten sechseckigen Biosiegels des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Der Boom holte die Ökolandwirte, wenn auch nur langsam, aus der Nische.

Konventionalisierung

Schon im kritischen Agrarbericht 2002 werden von Ditmar Gross, Ökobauer aus Nordhessen, erste strukturelle Veränderungen hin zu immer größeren Strukturen, anonymisierten Verbraucher-Kunden-Beziehungen und einer zunehmenden Rationalisierung auch im Biobereich beschrieben. Die ursprüngliche Idee des Ökolandbaus beschreibt

griff Eigenständige Regionalentwicklung“, so der emeritierte Professor des Fachgebiets Landnutzung in Kassel.

Globalisierung in der Ökotheke

Die gestiegene Nachfrage und sich erholende Preise Anfang des Jahrhunderts kamen schnell unter Druck. Vor allem die europaweite und inzwischen darüber hinausreichende Standardisierung durch die Europäische Kommission führte zu großen Mengen an Importware. Plötzlich kam der Weizen aus der Ukraine, Rumänien oder Australien. Die von den Bioverbänden organisierten Vermarktungsgesellschaften beteiligten sich nicht selten am Handel mit der günstigen Importware, zum Nachteil der eigenen Mitglieder. Die auch im Biosektor immer größeren Strukturen, rein am Profit interessierte Protagonisten, führten gerade in den vergangenen Jahren zu weitreichenden Betrugsfällen, die nicht mehr nur den Einzelbetrieb sondern auch das System Bio in Frage stellen.

Regional besser als Bio

Das von der konventionellen Landwirtschaft geprägte Denken in Kosten und Nutzen, Input und Output hat auch im Biosektor Einzug gehalten. Betriebe stellen sich nicht vielschichtig auf, sondern bevorzugen zunehmend die Spezialisierung mit immer weiterer Arbeitsteilung. Vorangetrieben werden diese Entwicklung und die dahinter stehende Denkweise nicht selten von den Beratern, den Verbänden und den Universitäten. Da wo Betriebsleiter als Pioniere einst nach betriebsindividuellen Lösungen suchten, greifen heute immer öfter Systeme von der Stange. Muss die Leistung, vor allem der Tiere, stimmen. Sollen große Mengen für einen anonymen Markt produziert werden. Die Sicht auf den landwirtschaftlichen Betrieb als Organismus in der Region, mit geschlossenen Kreisläufen geht immer mehr verloren. Die Verbraucher haben das längst verstanden. Neben Bio haben regionale Produkte kontinuierlich an Wertschätzung gewonnen. Sind kleine Handwerksbetriebe und Läden wieder gefragt. Ein Dilemma allerdings bleibt: Die Bereitschaft für Lebensmittel einen angemessenen Preis zu zahlen ist gering, politisch nicht gewollt und von den Bauern nicht nachhaltig zu beeinflussen.

mnn



Nah dran am Biokunden

Foto: BLE, Bonn/Dominic Menzler

fen und müssen individuelle Lösungen finden. Das zeigen auch die Ergebnisse einer breit angelegten Studie des Thünen Instituts aus dem vergangenen Jahr. Die Wissenschaftler untersuchten speziell die Gründe von Betrieben, die aus der ökologischen Produktion ausschieden. Etwa die Hälfte der Betriebe, die nicht mehr ökologisch produzierten, wurde ganz aufgegeben. 415 Betriebe kehrten im Durchschnitt der Jahre 2003 bis

1989, also vor BSE, Künasts „20 Prozent Bio-Ziel“ und dem ersten großen Pusch in der Öffentlichkeit, auf Ökologischen Landbau umstellten, deutlich seltener Rückumstellen. Auch bei Betrieben, die einem Anbauverband angehören sind die Rückumstellungsquoten geringer. Zu erklären sein könnte dies damit, dass es bei beiden Gruppen neben ökonomischen auch ökologische, soziale und kulturelle Gründe waren,

Onno Poppinga dagegen als den Versuch, eine Einheit von wirtschaftlicher und kultureller Eigenständigkeit, von Prozess- und Produktqualität anzustreben. Teil der „Nische“ sei auch eine enge Kooperation mit Handwerksbetrieben (Bäcker, Metzger), die Belieferung der Reformkost-, der Naturkostläden und der neu entstandenen Bioläden gewesen. „Die agrarpolitische Diskussion begleitete das mit dem Be-

Falsche Zugeständnisse

Rheinländische Genossenschaft gibt STV mehr Preis als sie müsste

Im Rheinland bekamen Bauern und Bäuerinnen im Februar Post von der Raiffeisen Waren Zentrale Rhein Main eG. (RWZ) in Köln. Wortreich versuchte die Genossenschaft ihrer bäuerlichen Kundschaft in Sachen Saatgutaufbereitung darzulegen, dass man zwar versucht habe, die Auskunftspflicht gegenüber der Saatgut Treuhandverwaltungs GmbH (STV) juristisch abzuwenden, am Ende aber gescheitert sei. Es sei aufgrund gesetzlicher Vorschriften und in den letzten Jahren hierzu ergangener Rechtsprechung die Pflicht des aufbereitenden Betriebs, Auskunft über Aufbereitungen zu erteilen. Die Auskunft beinhalte auch die Sorte des aufbereiteten Nachbauseaatguts, so die Genossenschaft in ihrem Brief. Besorgt recherchierte die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) bzw. ihr Rechtsanwalt Jens Beismann, ob unter Umständen ein neues Urteil ohne Beteiligung der IGN irgendwo gefällt wurde, was tatsächlich solche Auskunftspflichten vorschreibt – Fehlanzeige. Es gelten nach wie vor die altbekannten Entscheidungen, allen voran das Urteil des Europäischen Ge-



richtshofes (EuGH). Der hatte explizit erwähnt, dass es weder eine Verpflichtung der Bauern gibt, dem Aufbereiter den Sortennamen zu nennen noch eine Verpflichtung des Aufbereiters diesen nachzufragen. Dies teilte Beismann der Raiffeisen Genossenschaft in einem Schreiben mit. „Diese Darstellung der rechtlichen Situation ist unzutreffend und verzerrt die tatsächlich bestehenden rechtlichen Grenzen und Pflichten zum Nachteil Ihrer Kunden.“

Erst wenn die STV sortenspezifische Anhaltspunkte vorlege, so Beismann in dem Brief weiter, müsse Auskunft gegeben werden. Dann allerdings auch nur für die abgefragte Sorte und nur in engen zeitlichen Grenzen.

Antwort erwartet

Das Oberlandesgericht Zweibrücken hatte zudem jüngst entschieden, dass die in diesem Zusammenhang immer wieder von der STV ins Spiel gebrachte Saatgutaufzeichnungsverordnung auch nicht auf Nachbauseaatgut anzuwenden ist. Warum die RWZ so defensiv im Hinblick auf ihre und die Rechte ihrer bäuerlichen Kundschaft agiert, ist fraglich. IGN-Anwalt Beismann formulierte jedenfalls die Erwartung an die RWZ, dass sie nicht zwingend Sortennamen bei den Bauern, die ihr Nachbauseaatgut bei ihr aufbereiten lassen wollen, abfragt und Auskunft nur im vom EUGH gesteckten Rahmen an die STV gibt. Auf die Antwort aus Köln darf man gespannt sein. cs

Richter befangen

Nach einer leicht schrägen Verhandlung folgt nun die Konsequenz

Recklinghausen ist immer für eine Überraschung gut. Ob das für die Stadt im Allgemeinen gilt, muss hier offen bleiben, für das örtliche Amtsgericht gilt es auf alle Fälle. Wie schon in der *Unabhängigen Bauernstimme* 4/14 berichtet, wird dort momentan ein Fall verhandelt, in den sich das nordrhein-westfälische Landesamt für Landwirtschaft (LANUV) eingebracht hat. Es hat ein Bußgeld wegen der angeblichen Verletzung der Saatgutaufzeichnungsverordnung bei einer landwirtschaftlichen Genossenschaft eingefordert, die Nachbauseaatgut aufbereitet, ohne Sortennamen zu erfassen. Die mündliche Verhandlung machte schnell deutlich, auf wessen Seite der Richter steht. Er verhielt sich so eindeutig ablehnend allen Argumenten des Anwaltes der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, Jens Beismann, gegenüber, dass

das auch dem Publikum und der Gerichtsschreiberin nicht entging. Schließlich urteilte er erneut gegen die IGN, wie er das bereits zuvor getan hatte. Schließlich hatte er den Fall schon ein zweites Mal auf dem Richtertisch, weil die durch die IGN erwirkte Revision vor dem Oberlandesgericht in Hamm genau gegenteilig – also im Sinne der IGN – ausgegangen und deshalb an ihn zurückverwiesen worden war. Das Urteil des höheren Gerichts interessierte den Richter aber offenbar genauso wenig wie die Argumente im Gerichtssaal. Daraufhin beschlossen Beismann und die IGN, einen Befangenheitsantrag gegen den noch jungen Richter auf Probe zu stellen. Dieser ist offenbar schon häufiger durch so ein Fehlverhalten aufgefallen, so dass das Amtsgericht dem Befangenheitsantrag stattgab. Nun muss ein neuer Richter das Verfahren erneut aufrollen. cs

Kanadischer Widerstand gegen Nachbaugebühren

Nun sind Nachbaugebühren auch in Kanada Thema. Während der kanadische Bauernverband das geplante Gesetz zur Angleichung an die UPOV-Vereinbarung, als „Good News for Farmers“ aufgrund eines fairen Interessenausgleichs, begrüßt, organisiert die National Farmers Union (NFU) Widerstand dagegen. Die Interessenvertretung der Familienbetriebe, Mitglied in der weltweiten Bauernkoordination Via Campesina, warnt vor einem Gesetz, das „den Konzernen mehr Macht und Geld bringt“ während es den Bauern Kosten aufbürdet und die Autonomie gefährdet. Zentraler Kritikpunkt ist, in dem im Dezember 2013 vorgelegten Gesetzesentwurf, die geplante Einführung von Nachbaugebühren und damit die faktische Aushebelung des Landwirteprivilegs. Die NFU ruft zur Blockade des „Corporates Promotion Act“ auf. cs



Wie wählen?

Zum Wahlkampf in Europa hat die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) die Positionen der Parteien zum EU-Saatgutrecht und zum Nachbau, zur Gentechnik und zum Freihandel abgefragt. Bislang geantwortet haben die CDU, mit ihrer gewohnt offenen Haltung zu Gentechnik und Freihandel sowie einem klaren Bekenntnis zu Nachbaugebühren. Beim Saatgutrecht wollen sie die Interessen der kleinen und mittleren Züchter gewahrt sehen und Handel und Erhalt alter und regionaler Sorten fördern und unterstützen. Die Linke spricht sich gegen Gentechnik, Freihandelsabkommen und Nachbaugebühren aus. Beim Saatgutrecht will sie verlässliche Rahmenbedingungen für Schutz und Erhalt alter und regionaler Sorten sowie die Ökozüchtung und ihre Sorten nicht in ein konventionelles Korsett gepresst sehen. cs

„Der Erfolg der Bewegung“

Interview mit der Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Corinne Lepage

Derzeit wird in Brüssel die sogenannte „Opt out“-Regulierung verhandelt. Mit dieser würde den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Entscheidungshoheit übertragen, ob ein bestimmter gentechnisch veränderter Organismus auf ihrem Gebiet angebaut werden darf oder nicht.

sche Bundesregierung immer gegen eine Opt out-Regulierung, aber dies scheint sich gerade zu ändern. Auch einige der Bundesländer scheinen eine Opt out-Regulierung zu unterstützen. Wir können nicht wissen, welche Regeln in dem Vorschlag zu finden sein werden, über den der Rat - nach jetzigen Planungen

verbieten können. Wenn ein solches Verbot in der Welthandelsorganisation zum Streitpunkt werden sollte, zählen dort nur wenige Argumente. Das bedeutet, dass die EU-Mitgliedsländer zumindest teilweise die Option benötigen, genau derartige Argumente zu nutzen, die im Rahmen internationaler Auseinandersetzungen akzeptiert werden können. Wenn dies nicht der Fall ist, wird die Opt out-Regulierung nichts bringen. Auch wenn die Zulassung der GVO auf der europäischen Ebene verbleibt und die Umwelt betreffende Risiken darin untersucht werden, halte ich es für unabdingbar, dass diese Argumente auch auf der nationalen beziehungsweise regionalen Ebene genutzt werden können.

für eine GVO-Zulassung auf europäischer Ebene stimmen. Die Kommission hat die Risikobewertung gentechnisch veränderter Organismen noch nicht verbessert. Sie hat noch keine Schritte unternommen, um die Interessenkonflikte der EFSA zu lösen, und sie hat auch noch nicht damit begonnen, mögliche Risiken zu berücksichtigen.

Ich sehe nicht, warum es mit der Opt out-Regulierung für die Kommission leichter sein sollte, GVO zugelassen zu bekommen. Schon jetzt kann sie dies tun, auch wenn die Mehrheit der Mitgliedsländer dagegen ist. Sehen Sie, 19 Regierungen haben gegen den gentechnisch veränderten Mais 1507 gestimmt - aber die Kommission sagt, dass sie ihn trotzdem zulassen will.



Erfolg der Bewegung

Foto: Jasper

Unabhängige Bauernstimme: Frau Lepage, Sie waren bereits die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die sogenannte Opt out-Regulierung als diese 2011 diskutiert wurde. Das Parlament hat sich damals für Ihren Bericht ausgesprochen, der einige Verbesserungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag enthielt, welcher zuvor an das Parlament geschickt worden war. Jetzt hat die griechische Ratspräsidentschaft einen neuen Vorschlag präsentiert. Nutzt dieser Ihren Bericht als Basis oder ist er näher an dem Vorschlag der Kommission?

Corinne Lepage: Die neue Version ist relativ nah an einem Vorschlag, der vom Rat unter der dänischen Präsidentschaft diskutiert wurde. Die Verbesserungen der Parlaments-Abstimmung im Sommer 2011 wurden bisher nicht berücksichtigt. Der Rat hat dieses Thema nun im März auf der Basis des griechischen Vorschlags diskutiert, aber es sind immer noch viele Änderungen möglich, bevor sich die UmweltministerInnen der EU-Mitgliedsländer auf ihrem Treffen im Juni wieder damit befassen - gerade auch weil die deutsche Regierung ihre Meinung noch nicht festgelegt hat. Seit 2011 war die deut-

sche Bundesregierung immer gegen eine Opt out-Regulierung, aber dies scheint sich gerade zu ändern. Auch einige der Bundesländer scheinen eine Opt out-Regulierung zu unterstützen. Wir können nicht wissen, welche Regeln in dem Vorschlag zu finden sein werden, über den der Rat - nach jetzigen Planungen

Was waren die wichtigsten Bestandteile Ihres Berichtes im Jahre 2011? Sind diese in dem griechischen Vorschlag berücksichtigt?

Unglücklicherweise ist der griechische Vorschlag nicht von dem Votum des Parlaments im Jahre 2011 inspiriert, sondern von der britischen Regierung, die ihrerseits zu den gentechnikfreundlichsten in der EU zählt. Die EU-ParlamentarierInnen waren für strenge rechtliche Regeln, mit denen die Mitgliedsländer eine solide Basis bekommen hätten, den Anbau von - grundsätzlich in der EU zugelassenen - GVO zu verbieten. Wie in dem Vorschlag der Kommission beschrieben, sollte die Zulassung eines GVO zwar auf der europäischen Ebene bleiben; die Mitgliedsländer dürften aber prüfen, ob ein bestimmter GVO zu bestimmten Risiken führen würde, die mit regionalen Aspekten der Umwelt und der Landwirtschaft in Verbindung stehen.

Es ist sehr wichtig, dass die Mitgliedsländer den GVO-Anbau auf der Basis von umweltrelevanten Argumenten

In welche Richtung bewegen sich seit her die Diskussionen?

25 Mitgliedsländer unterstützten den schwachen griechischen Vorschlag, als die UmweltministerInnen diesen im März im Europäischen Rat diskutierten. Darunter waren auch Länder wie Österreich oder Ungarn, die in der Vergangenheit in den GVO-Diskussionen immer sehr kritisch waren. Ursprünglich war der Vorschlag sehr inhaltsschwach und unannehmbar, aber die Dinge könnten sich in die richtige Richtung bewegen. Die griechische Ratspräsidentschaft ist gegenüber Argumenten für neue und solide Rechte für die Mitgliedsländer nicht völlig verschlossen. Diese werden schon seit geraumer Zeit, insbesondere auch von der französischen Regierung, vorgebracht. Ich habe das Gefühl, dass es bei der Abstimmung im Europäischen Rat im Juni erneut um die Frage geht, was Teil des Vorschlages ist. Wird Frankreich in der Lage sein, diesen zu stärken? Natürlich wird das für ein Land allein nicht möglich sein. In diesem Sinne ist es besonders wichtig, dass Deutschland eine Position einnimmt, die eine Opt out-Regulierung zu einem aussagekräftigen, starken und effektiven Recht macht.

Viele Menschen glauben, dass die kritischen Mitgliedsländer ihre Opposition auf der europäischen Ebene aufgeben werden, wenn sie die Möglichkeit haben, einen gentechnisch veränderten Organismus zu Hause zu verbieten. Sehen Sie das genauso?

Nein, warum sollten sie das tun? Ich kann mir bei Ländern wie Österreich oder Ungarn nicht vorstellen, dass sie

Frau Lepage, herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Christof Potthof vom Gen-ethischen Netzwerk

Das vollständige Interview mit Corinne Lepage ist in der aktuellen Ausgabe des GID 223, April 2014 erschienen.

Zu beziehen unter: www.gen-ethisches-netzwerk.de



Zur Person

Corinne Lepage ist Mitglied des Europäischen Parlaments (Citoyenneté Action Participation pour le 21^{ème} siècle, Frankreich, liberale Fraktion) und Berichterstatterin des Parlaments im Mitentscheidungsverfahren über die sogenannte „Opt out“-Regulierung. Lepage ist außerdem ehrenhalber Präsidentin (President of Honor) von CRIIGEN - dem Komitee für Forschung und unabhängige Information über Gentechnik und Mitglied des Verwaltungsrates der französischen Sektion von Transparency International.

Das Bäckerfest für die Vielfalt

Auftakt für die Aktionswoche SAAT-GUT-BROT

Nach dem Erfolg der ersten SAAT-GUT-BROT. Aktion im Herbst 2013, zugunsten der biologischen Züchtungsinitiativen, organisiert der Verein Die Bäcker. Zeit für Geschmack auch in diesem Jahr die Aktionswoche. Zahlreiche Bäckereien in Deutschland und Österreich bieten vom 2. bis 7. Juni 2014 ihren Kunden wieder ein besonderes Brot an. Der gesamte Verkaufserlös dieser Brote mit „Mehrwert“, gebacken aus Erhaltungssorten und/oder biologisch gezüchteten Sorten, wird nach Abschluss der Aktion als Spende dem Saatgutfonds der Zukunftsstiftung Landwirtschaft übergeben. Um auf die Beweggründe der Bäckerinnen und Bäcker aufmerksam zu machen, finden zwischen dem 10. Mai und dem 1. Juni von Berlin bis Salzburg über 20 Auftaktveranstaltungen unter dem Motto: „Das Bäcker. Fest für Vielfalt“ statt. Es geht um den Zusammenhang und die Bedeutung nachhaltiger, regionaler Wirtschaftsstrukturen - vom frei verfügbaren, nachbaufähigen und samenfesten Saatgut über die bäuerliche Landwirtschaft bis zur handwerklichen Lebensmittelherstellung in Mühlen und Bäckereien. Mit den bei den Veranstaltungen gesammelten Spenden wird die INKOTA-Partnerorganisation KULIMA unterstützt, die Kleinbauern und -bäuerinnen aus sechs Dörfern in Nordmosambik auf ihrem Weg zur Ernährungssouveränität aktiv fördert. Mit den Spendenaktionen - für die biologischen Züchtungsinitiativen in Deutschland und der Schweiz sowie für das Projekt in Afrika - soll deutlich werden, dass das Problem der Saatgutvielfalt nicht nur uns betrifft, sondern eine globale Aufgabe ist. Die Folgen der dominierenden, auf Privatisierung aller

Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Saatgut) ausgerichteten, industriellen Land- und Nahrungsmittelwirtschaft, betreffen uns alle. Die Veranstaltungen sollen ein Baustein sein der hilft Alternativen zu entwickeln und Netzwerke auszubauen. Gemäß dem Motto „Global denken und lokal handeln“ können wir ganz konkret, ob als Bäcker und Bäckerin, Bauer und Bäuerin oder Kunde und Kundin, jeden Tag zu einer Veränderung beitragen. Verantwortung als Freiheit zu erfahren und nicht als Last, ist ein Lernprozess - der auch Freude machen darf. Deshalb laden wir alle interessierten Menschen zu den zahlreichen Bäcker.Festen ein. *Anke Kähler,*

Die Bäcker - Zeit für Geschmack e.V.

Termine:

18. Mai 2014; 13 - 17 Uhr; Biolandhof Krepold, Wilpersberg 1, 86551 Aichach, www.biolandhof-krepold.de

22. Mai 2014; 9 - 13 Uhr; Die ‚Schranne‘ Wochenmarkt in Salzburg, Itzlingers Biobäckerei

24. Mai 2014; 10-18 Uhr; Berlin-Kreuzberg, Markthalle Neun, Eisenbahnstrasse 42/43, www.markthalleneun.de

24. Mai 2014; ab 15 Uhr; Vollkorn- und Biobäckerei Meffert, Paulinenstr. 19, 32657 Lemgo, www.baeckerei-meffert.de

24. Mai 2014; 7-13 Uhr, Marktplatz Heilbronn, Bäckerei Hönnige

25. Mai 2014, 10-17 Uhr, Fischers Backstufenfest in der Bäckerei ‚Anno Dazumal‘, Kühnitzer Dorfstraße 2, 04808 Lossatal, www.fischers-baeckerei.de

1. Juni 2014, 10-17 Uhr, Wendlandbräu / Bäckerei Rasche, Kussebode 10, 29459 Clenze, www.vollkornbaeckerei-rasche.de

1. Juni 2014, Vom Feld zum Brot, Bäckerei Fink, Brüder-Grimm-Straße 101, 36396 Steinau an der Straße, www.baeckerei-fink-steinau.de

22. Juni 2014, 11-18 Uhr, Fest der Vielfalt; Hauptstraße 31, 30966 Hiddesdorf, www.kampfelder-hof.de

Kurzes am Rande

Parlamentarier bewegen sich

In Europa gibt es inzwischen immer mehr Mitgliedstaaten, die nationale Anbauverbote für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen durchsetzen wollen. Die meisten bisherigen Vorschläge sind umstritten, so auch der aktuelle Vorschlag der griechischen Ratspräsidentschaft. Sechs Bundestagsabgeordnete – Elvira Drobrinski-Weiß (SPD), Harald Ebner (Grüne), Josef Göppel (CSU), Hans-Georg v. d. Marwitz (CDU), Matthias Miersch (SPD) und Kirsten Tackmann (Linke) – haben die Initiative ergriffen und einen Beschlussvorschlag für den Bundestag erarbeitet, für den sie Unterstützung bei ihren KollegInnen suchen. Hiernach soll der griechische Vorschlag abgelehnt werden, weil er den Einfluss der Konzerne deutlich ausweitet. Eine faktische Gleichsetzung von Unternehmen und Mitgliedstaaten sei auch nicht ansatzweise hinnehmbar. Zudem bemängeln sie die fehlende Rechtsicherheit der Verbote. Sie fordern die Bundesregierung auf, auf Basis des Vorschlags des Europäischen Parlaments vom Juli 2011 und der Entschließung des Bundesrates vom April 2014, die nationalen Verbotsmöglichkeiten zu erweitern und das europäische Zulassungsverfahren zu überarbeiten. Bis zur vollständigen Umsetzung solle sich die Bundesregierung für ein Zulassungs-Moratorium einsetzen – oder gegen jede weitere Anbauzulassung stimmen. Die Zeit drängt, denn Griechenland will schon im Mai eine erste Abstimmung in Brüssel ansetzen. Gefordert wird eine gründliche inhaltliche und rechtliche Prüfung und ein sorgfältiges Vorgehen. av

Kennzeichnungspflicht in Vermont

Der Senat des US-Bundesstaats Vermont hat Mitte April mit großer Mehrheit (28 zu 2 Stimmen) ein Gesetz verabschiedet, mit dem eine verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Pflanzen etabliert werden soll. Es wird aber auch davon ausgegangen, dass die Biotech-Industrie versuchen wird, die Verabschiedung des Gesetzes zu stoppen – oder notfalls zu klagen. Damit wäre Vermont der erste Staat der USA mit einer verpflichtenden Gentechnik-Kennzeichnung. av

Wieder Gentechnik-Burger bei McDonald's

McDonald's beendet die seit 2001 bestehende Selbstverpflichtung, europaweit auf den Einsatz von Gentechnik im Futter bei der Produktion von Hähnchenfleisch für ihre Chickennuggets und Chickenburger zu verzichten. Das bestätigt die Konzern in einem Brief an die Umweltschutzorganisation Greenpeace. McDonald's argumentiert, es gebe nicht genügend gentechnikfreie Futtermittel „zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen.“ Nach Berechnungen von Greenpeace würde das Beibehalten der gentechnikfreien Fütterung von Hähnchen jeden Chickenburger um weniger als einen Cent teurer machen. Bereits im Februar haben große Hähnchenmäster angekündigt, wieder auf Gentechnik-Fütterung umzusteigen. Zu einer ganz anderen Einschätzung kommen der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG), der brasilianische Verband der Produzenten gentechnikfreier Soja (ABRANGE) und Pro Terra: „Gentechnikfreies Soja aus Brasilien ist für die europäische Futtermittelindustrie in ausreichender Menge und Qualität verfügbar.“ av

Syngenta kauft führenden Weizenzüchter

Der Schweizer Gentechnik-Konzern Syngenta vertreibt neben konventionellem auch gentechnisch verändertes Saatgut, synthetische Herbizide, Fungizide und Insektizide. Jetzt hat er seine Produktrange auf den lukrativen Pastamarkt ausgeweitet und einen der führenden Weizenzüchter Italiens aufgekauft – die Società Produttori Sementi Bologna (PSB). Die PSB, gegründet 1911, züchtet vor allem Hartweizen für die Nudelerzeugung, und arbeitet u.a. mit dem italienischen Nudelimperium „Barilla“ bei der Entwicklung angepasster Hartweizensorten zusammen. PSB-Hartweizensorten wachsen auf über 330.000 ha. Neben Hartweizenzüchtung betreibt PSB auch Züchtungsprogramme mit Weichweizen und Luzerne. Syngenta wolle die Innovationen hochwertiger Hartweizenerzeugung beschleunigen – sowohl für den hartumkämpften italienischen als auch für den internationalen Markt. Syngenta ist einer von insgesamt fünf Wirtschaftspartnern (Monsanto, Dow, Limagrain und eine britische Tochterfirma der KWS), die 2011 offiziell dem „Weizen-Verbesserungs-Programm“ der G20-Länder beigetreten sind. Im Fokus des Programms steht die Steigerung der Weizenerträge. Dafür sollen Forschungsprogramme unter Einbindung der Privatwirtschaft aufgelegt werden. Das deutsche Forschungsministerium finanziert ein Projekt mit 700.000 Euro, das Gene im Weizen identifizieren soll, speziell solche, die hohe Erträge bedingen. av



Gemüse und Klimawandel

Eine Familienfarm im US-Bundesstaat North Dakota züchtet Saatgut für die Zukunft

Das Wetter folgt überhaupt keinem vorhersehbaren Muster mehr“, sagt Theresa Podoll. Gemeinsam mit ihrem Mann Dan betreibt sie einen organischen Saatgutbetrieb für Gemüsesaaten mitten im Soja- und Maisgürtel von North Dakota, nahe der kanadischen Grenze. An einem strahlend schönen Oktobermorgen stehen wir zwischen einem Feld mit Kürbissen und Reihen von Maispflanzen, nur einige

– alle sind perfekt an das Klima der Staaten im Norden der USA mit ihren kurzen Wachstumsperioden, kalten Wintern und heißen Sommern angepasst. Dan ist überzeugt, dass Pflanzensamen eine Art kollektive genetische Erfahrung innewohnt, wie sie mit extremen Temperaturen, Dürre, Flut und Krankheiten umgehen können. „Du musst Dich mit der Pflanze unterhalten wenn Du Samen für die Weiterzucht

garten, in dem alles wächst was man braucht um eine Familie zu ernähren, zu einer Farm einfach dazu. „North Dakota hatte bis in die 1990er Jahre eine ganz vielfältige Landwirtschaft“ sagt Theresa, „bis die GM Saaten kamen wurden Gerste, Hafer, Flachs, Weizen, Roggen und Sonnenblumen angebaut. Jetzt gibt es nur noch GM Mais und GM Soja“.

Das Gift kommt mit dem Wind

Schon jetzt haben die Podolls Probleme mit Fremdbestäubung: Dan schält einen Maiskolben, bei dem zwischen den einfarbig gold-gelben Körnern auch einige viel hellere zu sehen sind. „Das ist typisch für Fremdbestäubung von den GM Feldern hier“, sagt Dan. Die Podolls säen ihren Mais stets zeitversetzt zu den Nachbarn, in der Regel 14 Tage später, aber durch das kalte Frühjahr entwickelte sich der GM Mais zunächst nur langsam und die Pflanzen der Podolls holten den Wachstumsvorsprung auf, Fremdbestäubung war die Folge. Ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn sei sehr wichtig, meint Theresa, in einer so kleinen ländlichen Gemeinde müsse man einfach versuchen, miteinander auszukommen. Die Podolls sind aber auch darauf angewiesen, dass die Farmer in der Umgebung auf die Windrichtung achten, wenn sie ihre Felder mit einem Glyphosat enthaltenden Herbizid besprühen. Das überleben nur genmanipulierter Mais, GM Soja und eine Reihe sogenannter „super weeds“, Unkraut, das Resistenz gegen Glyphosat entwickelt hat. In der grossen Scheune zeigt Dan auf einige Zwiebeln, die in einer separaten Kiste gelagert sind. Alle sind missgebildet und haben einseitige Verfärbungen wie durch Hitzeeinwirkung. „Typische

Klimafakten

US Farmer, konventionelle und Bio-bauern, stimmen überein, dass sich das Klima in Nordamerika dramatisch verändert. In der von Agrarchemiekonzernen gesponserten Sendung AgriTalk zog im April Mark Svoboda, Wetterexperte am National Drought Mitigation Center, Zwischenbilanz: In Kalifornien blieb der Winterregen aus, die Wasserreservoirs sind nur bis zur Hälfte gefüllt, in Texas, Oklahoma, Kansas und Teilen Colorado herrscht seit vier Jahren Dürre, wenn es wieder regnet (der Experte hofft auf 2015) werde es Jahre dauern, bis sich der Boden davon erhole. Die Staaten des Südostens haben einen geradezu arktischen Winter hinter sich, selbst in Florida hat es geschneit und in den Staaten entlang der kanadischen Grenze – dazu gehört North Dakota – war der Winter extrem kalt, der Boden froh metertief und die Frühlingsaussaat wird sich deutlich verzögern.

Glyphosat Schäden“, sagt Dan. „Glyphosat wird vom Wind weitergetragen“, sagt Theresa, „wenn die Farmer beim Sprühen auf die Windrichtung achten, sind wir einigermaßen sicher.“ Inzwischen würden die Farmer ihre GM Felder nicht einmal, sondern zwei bis dreimal mit Herbiziden in deutlich erhöhter Konzentration oder mit einer Mischung aus unterschiedlichen Mitteln besprühen – weshalb die Agrarmultis Dow und Monsanto eine neue GM Saaten Generation entwickelt haben (siehe Kasten). „Wenn die zugelassen wird“, sagt Theresa, „dann haben wir keine Chance mehr“.

Marianne Landzettel,
freie Journalistin, London

Website der Podolls:
<http://www.prairieroadorganic.co>

Erinnerungen an Vietnam

Die Agrarchemiefirmen Dow Chemicals und Monsanto haben die Freigabe von GM Mais und Soja beantragt, die gegen 2,4 D und Dicamba resistent sind. Dicamba hat eine ähnliche Struktur wie 2,4 D und das war einer der aktiven Bestandteile des im Vietnamkrieg eingesetzten Entlaubungsmittels Agent Orange. Dicamba und 2,4 D sind Esther, das heißt sie sind flüchtig und bilden eine Giftwolke, die zwei Tage und länger mit dem Wind drifft. Bereits jetzt werden 2,4 D und Dicamba von vielen Farmern routinemäßig im Frühjahr für den sogenannten „spring burn“ eingesetzt: Vor der Aussaat ausgebracht, vernichten diese Herbizide alles was bereits auf dem Acker wächst. Die Folgen haben bislang vor allem die Weinbauern im Mittleren Westen zu spüren bekommen. Eine US Fachzeitschrift für Weinbauern in Nebraska spricht von einem Schaden von mehr als \$1 Million im vergangenen Jahr allein in diesem Staat. Für die neue GM Generation prognostiziert eine Studie der Ohio State University für Obst und Gemüse Verluste von 17 % bis 77 %. Derzeit prüft das US Agrarministerium die Auswirkung in einer freiwilligen Umweltstudie. Die Freigabe gilt als wahrscheinlich, eine endgültige Entscheidung fällt in den nächsten Monaten.



Handverlesene Kolben des schwarzen Popcornmais

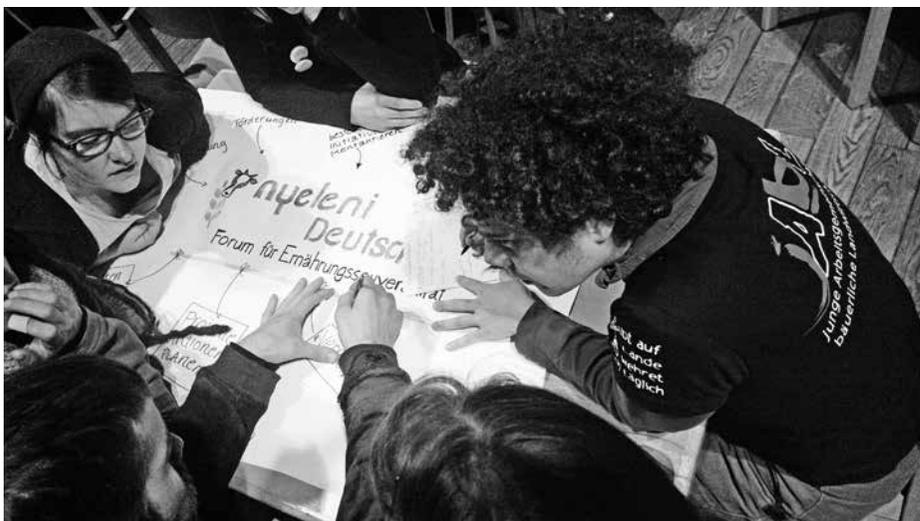
Foto: Landzettel

davon aufrecht, andere sind abgeknickt oder liegen ganz am Boden. Drei Tage zuvor war ein für die Jahreszeit unüblicher Schneesturm über die Dakotas und Colorado hinweggefegt. In South Dakota kamen dabei mindestens 20.000 Rinder um, weiter nördlich richtete nur der Wind Schäden an. Welche Pflanzen dem Wind standhielten und welche nicht, daraus ergeben sich für die Podolls wichtige Hinweise für die Saatgutauswahl: Langsam gehen Theresa und ihr Mann an den Maispflanzen mit dunkelroten, beinahe schwarzen Kolben entlang. Dakota Black Popcorn heißt die von den Podolls gezüchtete Sorte. Die Kolben werden von Hand gepflückt und begutachtet: Die Körner müssen rund und prall sein, die Kolben bis an die Spitze gefüllt. Und nur wenn die Pflanze kräftig ist und dem Sturm standgehalten hat, taugen die Maiskörner für die Saatgutproduktion des nächsten Jahres. Mit ihrer strengen Auslese haben die Podolls inzwischen 20 Sorten gezüchtet, neben Popcorn-Mais, Melonen, Zwiebeln, Tomaten, Bohnen und Kürbisse

auswählt“, meint er. Alte Sorten um ihrer selbst willen zu züchten halten sie für nicht sinnvoll. Aber in diesen Sorten stecke eine hervorragende Genbank, meint Dan Podoll, und es gehe darum, diesen Genpool durch Zuchtauswahl an die sich verändernden Bedingungen anzupassen.

Mais und Soja bis zum Horizont

Die Farm liegt in der Nähe von Fullerton, einem Dorf, das laut Angabe auf dem Ortsschild noch 57 Einwohner hat. Ansonsten zeichnet sich Fullerton durch einige Wohnhäuser, drei Kirchen und eine als Kooperative betriebene Gastwirtschaft aus. Doch was das Ortsbild prägt, sind die riesigen Getreidesilos, die (nach Angaben des U.S. Grain elevator and terminal directory 2011) ein Fassungsvermögen von je 3.320.000 Bushel haben, das sind etwa 84.000 Tonnen. „Die Farmer hier bauen nichts an, wovon sie sich ernähren könnten. Sie verdienen Geld, damit sie in den Supermarkt fahren und Lebensmittel kaufen können“, sagt David. Für die Podolls gehört ein Bauern-



Ernährungssouveränität

von Österreich nach Deutschland

Eingebettet zwischen schneebedeckten Berggipfeln, vor einem kleinen Bergsee tagte im Salzburger Land das Nyéléni Forum Österreich. Rund 250 Menschen aus Österreich, die sich für die Ernährungssouveränität einsetzen, trafen sich dort Mitte April mit ausländischen Gästen. Mit dem Treffen wird an die vorausgegangenen internationalen Nyéléni Foren 2007 in Mali und 2011 in Krems (Österreich) angeknüpft, die zum Aufbau, der Stärkung und Verbreitung der weltweiten Bewegung beitragen wollen. Organisiert wurde das Treffen von Attac Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria, FIAN Österreich und weiteren AktivistInnen.

Nyeléni Forum:

So hieß das erste internationale Forum zur Ernährungssouveränität, das 2007 in Mali stattfand. Der Name Nyéléni stammt von einer malischen Bäuerin.

Gäste aus dem Bereich der Landwirtschaft, des Urban Gardenings, aus Gewerkschaften, NGO's und der Wissenschaft, KonsumentInnen und AktivistInnen diskutierten über Probleme und Herausforderungen der heutigen bäuerlichen Landwirtschaft. Um konzentrierter und gezielter arbeiten zu können, wurde die Arbeit in fünf verschiedene Themenschwerpunkte aufgeteilt: Produktion, Märkte und Lebensmittelnetzwerke, Gemeingüter – Zugang zu Land und anderen Ressourcen, Politische Rahmenbedingungen und Arbeit und Soziales. Zwei Tage lang wurden gemeinsam Visionen entwickelt, Strategien konzipiert und an der Ausformulierung von neuen Projekten gearbeitet. Als Ergebnis sind konkrete und vielfältige Projektvorschläge entstanden. Sie zielen unter anderem auf freien Informationsfluss, Bildungsarbeit,

Aktionen und Vernetzung ab. Die Umsetzung der Projektvorschläge organisieren Regionalgruppen, welche aus den Foren hervorgegangen sind. Eine dieser Gruppen – inspiriert von den produktiven Diskussionen – möchte nun die Bewegung auch in Deutschland vorantreiben. Die Planung des ersten Nyéléni Forums in Deutschland fing an! Auch wenn sich die Ausgangslage in Deutschland von der kleinbäuerlich geprägten österreichischen, wo der Diskurs über Ernährungssouveränität schon weit verbreitet ist, stark unterscheidet, da wir hierzulande vorrangig bessere Bedingungen für eine nachhaltige, agrarökologische Landwirtschaft schaffen wollen, macht es Sinn mit- und voneinander zu lernen.

Paula Gioia und Katrina Mckee

Alle die sich an diesem Prozess in Deutschland beteiligen möchten, sind hiermit zur Mitgestaltung aufgerufen! E-Mail bitte an: nyeleni.deutschland@inventati.org Mehr zum Nyéléni Forum Österreich: www.ernaehrungssouveraenitaet.at

Ernährungssouveränität:

Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. [...] Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne.

Chlorhähnchen

Von den zurzeit stattfindenden Verhandlungen der EU mit den USA über ein Freihandelsabkommen wird in den Medien ziemlich sporadisch und nebenbei berichtet. Auch Politiker aller Couleur halten sich bei diesem Thema merkwürdig bedeckt. Dabei könnte dieses



... aus dem Wendland

Abkommen, wenn es denn stimmt, was da manchmal aus den ziemlich verschlossenen Türen herausickert, für uns alle ziemlich brisante Folgen haben. Dass die mit gutem Grund hohen europäischen Verbraucherstandards auf breiter Front geschliffen werden sollen und wir mit

„Chlor-Hähnchen“, Klonefleisch und genmanipulierten Lebens- und Futtermitteln beglückt werden sollen - und zwar undeklariert, weil eine eindeutige Deklaration der Produkte von den internationalen Lobbys schon wieder als Handelshemmnis gesehen wird, wird ja noch manchmal kommuniziert. Dass aber internationale Konzerne ziemlich ungehinderter Zugriff auf unser aller Lebensgrundlagen vor Ort bekommen sollen, wird dann schon seltener erwähnt. Das heißt z.B., dass ohne Eingriffsmöglichkeit vor Ort Fracking oder Grundwasserentzug betrieben werden kann. Einspruch kann nicht über die nationale oder europäische Gerichtsbarkeit eingelegt werden, sondern Konflikte werden in dubiosen Schiedskommissionen behandelt, in denen die Konzerne ihre Vertreter sitzen haben. Das heißt im Klartext nichts anderes, als dass viele verfassungsmäßige Errungenschaften, die im letzten Jahrhundert erkämpft worden sind, auf dem Altar des globalisierten Kapitalismus geopfert werden, als da sind:

- a) Die unabhängige Gerichtsbarkeit (Judikative), die die Kontrolle über die Politik ausüben kann.
- b) Die Selbstbestimmung der Menschen vor Ort, die regional ihre Lebensbedingungen gestalten können (Subsidiarität).
- c) Die freie Entscheidung der Bevölkerung, welcher Art von Lebensmitteln sie den Vorzug geben will.
- d) Der Grundsatz „Alle Macht geht vom Volke aus“.

Um es drastisch auszudrücken: Der globalisierte Kapitalismus würde in bisher nicht gekannter Dreistigkeit seine Fratze zeigen unter der euphemistischen Überschrift des „freien Welthandels“. Es wäre deshalb höchste Zeit, dass sich ausgehend von kritischen gesellschaftlichen Gruppen wie Verbraucherinitiativen, Greenpeace, Occupy, Ökologie- und Naturschutzbewegung, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Kirchen und Bürgerrechtsbewegung ein großer Widerstand gegen dieses Freihandelsabkommen formiert. Teile der politischen Parteien würden sich dann schnell dieser Bewegung anschließen, zumal 2014 Europawahlen sind. Die Forderung kann dabei nur sein: Völlige Transparenz der Verhandlungen zwischen EU und USA, keine Aufgabe europäischer Errungenschaften. In den nächsten Monaten entscheidet sich also, wer in Europa das Sagen in unseren fundamentalen Lebensbereichen hat – wir selbst oder die internationalen Konzerne beiderseits des Atlantiks.

Wolfgang Eisenberg, Bösen

„Eine von der Bevölkerung getragene Agrarreform umsetzen“

Die Landlosenbewegung Brasiliens und ihre beharrliche Auseinandersetzung mit Großgrundbesitzern, Politik und Kapital

Es war überwältigend, in die Sportarena Nilson Nelson der brasilianischen Hauptstadt Brasilia zu schauen, während hier der 6. Nationalkongress der brasilianischen Landlosenbewegung Movimento dos Sem Terra (MST) tagte und tobte. Über 15.000 Mitglieder aus allen Landesteilen Brasiliens formten ein bewegtes Meer roter MST-Fahnen, -Kappen und -Hemden, aus denen als Farbtupfer die grünen Fahnen der weltweiten Kleinbauernbewegung Via Campesina herausstachen. Sprechchöre wiederholten immer wieder das Motto des neuen 5-Jahres-Plans: „Kämpfen. Eine von der Bevölkerung getragene Agrarreform umsetzen!“



Auch eine fröhliche Bewegung - die Landlosen in Brasilien

Foto: Forker

Unproduktives Land besetzen

Die Landlosenbewegung MST hat seit ihrer Gründung vor 30 Jahren viel bewirkt. Rund 400.000 landlose Familien kamen über die Bewegung schon zu Landbesitz. Weitere 90.000 Familien leben und arbeiten derzeit auf besetztem Land in der Hoffnung, dass sie in zwei, drei oder bis zu acht Jahren auch zu ihrem Landbesitztitel kommen werden. 490.000 Familien, das sind über zwei Millionen Menschen, die nun von ihrer Arbeit auf ihrem Land leben können. Die Agrarmodule der Landreform variieren zwischen 15 und 80 Hektar, abhängig von Region, Klima, Boden, Wasserzugang, Vermarktungsmöglichkeiten etc. Die Aktionsform der Landlosenbewegung ist es seit jeher, unproduktives Land zu besetzen, die klare Botschaft: „Land für den, der darauf arbeitet!“ Einer der Höhepunkte während ihres diesjährigen Kongresses war der gemeinsame Marsch zum Amtssitz der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff: 15.000 Demonstranten in vier Reihen. In Sprechchören wurde immer wieder die Umsetzung der Agrarreform gefordert. Vorbei am Justizministerium, vorbei an der amerikanischen Botschaft – hier war das Polizeiaufgebot besonders hoch – zum Präsidentenpalast. Präsidentin Dilma hatte es allerdings vorgezogen, sich im fernen Mato Grosso mit einer Delegation des Soja-Agrobusiness zu treffen, und die Forderungen der MST an die Regierung konnten daher nur treuhänderisch übergeben werden. Dagegen war die Kinder- und Jugendorganisation der Landlosen im Bildungsministerium erfolgreicher. Ihrem Aufruf zur Verbesserung der schulischen Situation

im ländlichen Raum konnte sich das Ministerium voll anschließen. Doch auch die Regierung meldete sich am nächsten Tag zurück: man überlege nun jährlich 33.000 Familien anzusiedeln – die MST fordert mindestens 100.000, im letzten Jahr waren es gerade einmal 7.000!

Ernährungssouveränität im Blick

Zurück auf dem Kongressgelände gingen die Debatten weiter, im Plenum, in Arbeitsgruppen, beim Essen, abends beim Bier oder Cachaça (Zuckerrohrschnaps). Dabei war der Kongress schon der vorläufige Endpunkt einer mehr als zweijährigen Debatte in der Bewegung. So lange hatte man sich Zeit genommen, um den nächsten Fünfjahresplan von der Basis her zu diskutieren und zu definieren. Und es ist etwas Wunderbares dabei herausgekommen: ein Ja zur Menschenwürde, zur Vielfalt, Solidarität, Diversität und Ökologie. Die Bewegung hat mit dem neuen Motto der „Reforma agraria popular“ die gesamte Bevölkerung im Blick: es geht nicht nur um die Landlosen, sondern um die Ernährungssouveränität der Brasilianer. Über 70 % der Nahrungsmittel, die in Brasilien auf den Tisch kommen, stammen aus kleinbäuerlicher Produktion (produziert auf 24 % der Ackerfläche), während das Agrobusiness 76 % der Böden besitzt und zur Versorgung der brasilianischen Bevölkerung gerade einmal 30 % beiträgt! Der Rest sind commodities für den Weltmarkt: Äthanol, Soja, Zucker, Fleisch. Und es geht der MST auch um die gesunde Ernährung des Volkes, daher ein eindeutiger Schwenk in den ökologischen Landbau. Das auch we-

gen der Erkenntnis, dass man das Agrobusiness nicht bekämpfen kann, wenn man mit den gleichen Mitteln arbeitet und in den gleichen Strukturen steckt. Monsanto bekämpfen und gleichzeitig ihr Gensoja anzubauen passt einfach nicht. Auch in anderen Bereichen ist die MST auf Contra eingestellt: bei den Agrargiften, der Patentierung von Saatgut, Monokulturen, Monopolen, Zentralisierung statt regionaler Kreisläufe, Bodenerosion, Abholzung etc. etc. Für die großen Kooperativen der Bewegung ist das teilweise eine Umstellung, die erfolgreich begon-

nen wurde. So ist zum Beispiel der größte brasilianische Produzent von Bio-Reis eine Kooperative der MST aus Rio Grande do Sul. Die Kooperativen sind das Herzstück der Bewegung. Ihnen gelang zusammen mit dem MST-Leitungsteam aus den einzelnen Bundesstaaten auch die logistische Meisterleistung die 15.000 Kongress-Teilnehmer eine Woche lang mit ihren Produkten zu ernähren. Eine organisierte Zivilgesellschaft kann positive Veränderungen schaffen, die MST ist der beste Beweis dafür.

Wolfgang Hees, ABLer

Zugang zu Land, Wohlstand, Bildung

Am 29.10.1985 besetzte die Hausangestellte und Pfardienerin Lucia Weber Vedovato zusammen mit ihren drei Brüdern und über 1.500 weiteren Landlosen die 9.000 Hektar große Fazenda Annoni im Munizip Pontao im südlichsten brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul. Organisiert wurde die Landbesetzung auf den nicht produktiv genutzten Böden der Viehfarm von der brasilianischen Landlosenbewegung MST. Fünf Jahre später, 1990, erhielt Frau Lucia nach der Enteignung des Landspekulanten endlich ihren Landbesitztitel von der Agrarreformbehörde überreicht – zusammen mit ihrem Mann, den sie auf der Landbesetzung kennengelernt und geheiratet hatte. Insgesamt konnten 420 der Landbesetzerfamilien auf dem Gelände angesiedelt werden. Lucia entschied sich für eine kollektive Arbeit und gründete zusammen mit 12 weiteren Familien die Kooperative „Agrarreformsiedlung 16.März“. Auf den 150 ha ihrer Mitglieder betreibt die Kooperative heute vornehmlich den Futterbau für durchschnittlich 80 laktierende Kühe, die Nachzucht und das Mastvieh. Die Milch wird in die Molkereigenossenschaft der benachbarten Agrarreform-Kooperative geliefert, während die Kooperative „16.März“ eine eigene Schlachtung und Fleischverarbeitung aufgebaut hat. Jedes Mitglied des Kollektivs hat ein Aufgabenfeld, für das es die Verantwortung trägt: vom großen Garten zur Selbstversorgung mit Gemüse und Obst über den Getreide- und Sojaanbau, die Kuhherde, das Mastvieh, den Schlachthof, den Transport/Fuhrpark, die Buchführung etc. Die Arbeit wird nach Anfall und Dringlichkeit gemeinsam erbracht, Maschinen und Installationen sind gemeinsam finanziert und genutzt. Nur Boden, Haus und Ausstattung sind Privatbesitz. In weniger als 20 Jahren haben es die Familien bereits zu Haus, Auto und elektrischen Haushaltsgeräten gebracht. Aber Lucia ist auf etwas anderes viel mehr stolz: ihre beiden Söhne haben studiert, was für sie undenkbar war. Der ältere ist Rechtsanwalt geworden und berät die Landlosenbewegung in der Landeshauptstadt Porto Alegre in vielfältigen Rechtsfragen, während der jüngere an der Agrarfachschule Agroökologie studiert hat und den Hof von seinen Eltern übernehmen wird. Bis dahin arbeitet er als Berater für die Bewegung.

Alles über Pflanzenvermehrung

In diesem Werk findet man wirklich alles zum Thema Pflanzenvermehrung: neben Bäumen, Stauden, Gemüse auch Exoten wie Zimmerfarne oder Kakteen. Dem Autorenteam Kawollek ist ein Standardwerk gelungen, das dank zahlreicher Fotografien zu Arbeitsabläufen und Schritt-für-Schritt-Details, die an der Versuchsstation für Gartenbau sowie dem Botanischen Garten/Institut für Botanik der Universität Hohenheim entstanden sind, auch für den interessierten Laien geeignet ist. Im ersten Teil werden anschaulich mit guten Grafiken die Grundlagen von Samenbau, Aussaat und vegetativer Vermehrung kurz und umfassend erklärt. Die folgenden 280 Seiten dienen als Nachschlagewerk für die Praxis. Untergliedert in Pflanzengruppen wie Bäume, Stauden, Sommerblumen, Gemüse und Kräuter, mit einleitenden Erläuterungen zu Besonderheiten jeder Gruppe lassen sich, alphabetisch geordnet, Vermehrungsanleitungen zu den einzelnen Arten nachschlagen. Anschaulich wird diese Übersicht durch die gelungenen Detailaufnahmen von Sämlingen, Stecklingen und Arbeitsschritten. So werden handwerkliche Fähigkeiten wie Dibbelsaat oder Pikieren bildhaft vermittelt. Darüberhinaus gibt es

Einblicke und Tipps zur weiteren Kultur der Pflanzen aus der gärtnerischen Praxis, z.B. ein einfacher Witterungsschutz für Gurken und Tomaten zum Nachbauen. Wer sich also dazu entschlossen hat, es dieses Jahr mal wieder mit selbstgezogenen Tomaten oder Grünkohl zu versuchen, dem sei dieses Buch empfohlen. *we*

Marco Kawollek, Wolfgang Kawollek: *Alles über Pflanzenvermehrung*; 2008, Ulmer, 361 S., 871 Farbf., 32 Zeichn., geb., 29,90 €, zu beziehen über den ABL-Verlag ISBN 978-3-8001-5421-0.



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2014 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.... Expl. Bauernparty Neuerscheinung	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stürwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- €
.... Leitbild Schweiz oder Kasachstan	Stückpreis 8,-€
.... Expl. Jung, dynamisch, erfolglos?	Stückpreis 8,-€

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Reader über Pestizide

Auf 164 Din-A4-Seiten ist in diesem Reader eine Fülle von Informationen, Abbildungen und Meldungen zusammengetragen – zu Risiken, Bedrohungen und Schäden durch Pestizide ebenso wie zu wichtigen Pestizidgruppen. Eindrucksvoll auch die Dokumentationen über Entwicklungen am Beispiel von Schleswig-Holstein, der Heimat des Autors.

Klaus Friedrich Haalck, *Pestizide Nein Danke*, 2013, für 35,- Euro erhältlich über: Books on demand
<http://www.book-on-demand.de/node/23582>

Das ist moderne Landwirtschaft

wer die Menschheit ernähren will, der muss... Größer, mehr und schneller, das sind die Antworten der Agrarindustrie. Dass dies nicht der nachhaltige Weg einer zukunftsfähigen Landwirtschaft ist, wissen viele Menschen bereits. Die Agrarkoordination zeigt in ihrer neuen Broschüre die einzelnen Facetten einer vielfältigen, regional angepassten Landwirtschaft ohne gentechnisch veränderte Pflanzen und immer größere Maschinen. Es geht um Bodenschutz und regionale Nährstoffkreisläufe. Vor allem aber, so die Autoren, gibt es nicht die eine Lösung. Es geht darum, auf die regionalen Begebenheiten abgestimmte Methoden zu erhalten und zu entwickeln. Dazu gehören die Saatgutvielfalt und die Sicherung des traditionellen Wissens genauso wie deren Weiterentwicklung und die Erforschung neuer Wege.

Zu beziehen bei: Agrar Koordination, Nernstweg 32; 22765 Hamburg, Tel: +49 40 39 25 26, www.agrarkoordination.de



Unternehmerinnen

Bei so viel Unternehmerintum auf dem Lande wundert es nicht, dass die ehemalige EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel die Reportagenserie „Landfrauen aus dem Norden“ von Angelika Gördes-Giesen mit dem Kommunikationspreis des Verbandes der Agrarjournalisten ausgezeichnete. Die Reportagen sind nun gesammelt in dem Buch „Frauen auf dem Land – 26 Reportagen über starke Frauen“ erschienen. Strukturwandel? Na und! – könnte man meinen, ist die zentrale Botschaft der Autorin. In dem Buch werden Frauen porträtiert, die auf die mitunter schwierigen Rahmenbedingungen auf dem Land, wie hohe Arbeitsbelastung auf den Höfen, Landflucht und allmähliches Ausbluten der Infrastruktur, mit einer gehörigen Portion Unternehmergeist reagieren. Sie machen sich mit einer Geschäftsidee selbständig, werden Bürgermeisterin oder arbeiten in Führungspositionen in Verbänden oder Forschungseinrichtungen. Da werden Scheunen zu Ferienwohnungen und Kuhställe zu Porzellanbörsen, über fallende Milchpreise muss sich Frau, Gott sei Dank! keine Sorgen mehr machen. Die Lebenswege der vorgestellten Frauen sind durchaus eindrucksvoll, mit Mut und Ideen gestalten sie das Umfeld, in dem sie leben und zeigen auf verschiedensten Wegen, dass sich selbstbewusstes Engagement und Durchhaltevermögen bezahlt machen. Die kurzen Reportagen bleiben allerdings oberflächlich. Die Frauen äußern sich zwar durchaus kritisch zur Situation auf dem Land. Die Autorin versteht es jedoch, dem nicht zu viel Beachtung zu schenken, sondern den Blick schnell wieder in Richtung „Erfolg“ zu richten. Getreu dem Motto „Wo ein Wille, da ein Weg“ bleibt der modernen „Familienmanagerin“ zwischen Haushalt, Stall und Unternehmen auch einfach keine Zeit zum Jammern.

„Frauen auf dem Land – 26 Reportagen über starke Frauen“, Angelika Gördes-Giesen, ISBN: 978-3-7843-5006-6, Landwirtschaftsverlag; 124 Seiten, gebunden, Euro; zu beziehen über den ABL-Verlag

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2014:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für BS Juni ist der 23. Mai 2014

Tiermarkt

• 5 tragende BDE-Ziegen und 1 BDE-Zuchtbock mit Hörnern aus 2013 zu verkaufen. Herdbuchbetrieb mit MLP, Herde ist CAE-unverdächtig.
2 deckfähige Schwäbisch-Hällische Jungsauen in artgerechte Haltung zu verkaufen. Jochen Kamann, Nußlocher Ziegenkäserei, ☎ 06224-75423, info@ziegenkaesehof.de

• Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT 1

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachtzinsnahmen bei weitestmöglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG

Bremen, Bielefeld, Bielefeld, Ditzacker, Kassel, Pöcking, Weil

Telefon: 07 142 777 01-0

info@wpd.de, www.wpd.de



ETL | Freund & Partner

Lutherstadt Wittenberg

Steuerberatung für die Landwirtschaft



Steuerberater
Dr. Marcel Gerde

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach EStG/V-Anforderungen
- Bilanz- & Steuerrechnungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschaft- und Schenkungsteuer (Erfolgsfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH

Tel: (03451) 4180-0

Steuerberatungsgesellschaft

Fax: (03451) 4180-12

Niederlassung Wittenberg

E-Mail: agrar@eti.de

Bachstr. Straße 1

Web: www.marcel-gerde.de

06526 Lutherstadt Wittenberg

www.freund-partner-wittenberg.de

**grünes blatt**

Zeitschrift für Umweltschutz von unten

Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben

Gratis-Probeexemplar

mail@gruenes-blatt.de

Veranstaltungen**TTIP**

07.05.2014, Hannover, 19.30 Uhr
Podiumsdiskussion mit Europa- und Landtagsabgeordneten über die zu erwartenden Auswirkungen des „Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommens EU-USA“ auf die Landwirtschaft und andere Bereiche des täglichen Lebens.

Bödekersaal der Marktkirche Hannover, Hanns-Lilje-Platz, 30159 Hannover, www.agrarbuendnis-niedersachsen.de

Schwein hin – Gülle her

07.-08.05.2014, Loccum
Die Stoffströme in der Landwirtschaft sind das Thema der zweitägigen Tagung. Es soll eine kritische Auseinandersetzung mit den nationalen und globalen umweltwirksamen Auswirkungen des offenen Kreislaufsystems der landwirtschaftlichen Produktion erfolgen. Lösungsansätze, z.B. Stoffstrommanagement, Überprüfung der Produktionsziele und der Produktionsweise, Rückführung in geschlossene Systeme, sollen aufgezeigt und kritisch diskutiert werden.

Tagungsgebühr: 120,- € für Übernachtung, Verpflegung, Kostenbeitrag. Ermäßigung nur gegen Bescheinigung auf 60,- €. Anmeldung und Information: Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Straße 6, D-31547 Rehburg-Loccum, www.loccum.de, Tel. 0 57 66 / 81-0

Demo gegen TTIP/CETA

08.05.2014, Konstanz, 11 Uhr
Anlässlich der Umweltministerkonferenz in Konstanz ruft ein Bündnis aus Umweltverbänden und der AbL zu einer Kundgebung auf. Zu Land und zu Wasser, mit dem Fahrrad, zu Fuß und mit Booten demonstrieren wir gegen TTIP/CETA, gegen Fracking und gegen Agro-Genetik

Treffpunkt: Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 11, Konstanz

Flagge zeigen für die Vielfalt!

Ein neues EU-Saatgutrecht konnten wir bisher verhindern – aber nach den EU-Wahlen kommt die nächste Attacke auf die Freiheit, Saatgut frei zu tauschen und nachzubauen. Darum lasst „Freiheit für die Vielfalt“ über Euren Äckern, Gärten und Schlepplern wehen! www.freievelfalt.de

**Risiko Gentechnik**

09.05.2014, München, 19 Uhr
Professorin Elena Alvarez-Buylla aus Mexiko referiert zum Thema: Gentechnik-Pflanzen: Risiko ohne Kontrolle?

Münchner Zukunftssalon, Waltherstraße 29, 80337 München

Energiewendedemo

10.05.2014, Berlin, 13 Uhr
Unter dem Motto: „Energiewende nicht kentern lassen!“ findet eine Demonstration mit Booten auf der Spree und zu Fuß am Ufer statt. Startpunkt ist das Kapelle-Ufer nahe dem Hauptbahnhof.

Weitere Informationen: www.energiewende-demo.de

Regionalbewegung

16.-17.05.2014, Sonthofen
Der Bundesverband der Regionalbewegung lädt herzlich zum 7. Bundestreffen der Regionalbewegung ins Allgäu ein. Diskussionen zu den Themen: Regional-kennzeichnung - wohin geht die Reise?, Nahversorgungskonzepte, Regionalvermarktungskonzepte aus anderen Ländern, und vieles mehr. Die Plattform der Regionalbewegung bietet Kontakte, Informationsaustausch sowie Wissenstransfer zu Regionalentwicklungskonzepten.

www.regionalbewegung.de

Solidarische Landwirtschaft

Infovortrag zum Direktvermarktungskonzept Solidarische Landwirtschaft.

Veranstaltungsort:
07.05.2014, VHS Wangen, Zunfthausgasse 9, 20 Uhr
08.05.2014, VHS Bad Wurzach, Amtshaus, Schlossstraße 19, 19.30 Uhr
13.05.2014, VHS Biberach, Schulstraße 8, 20 Uhr
15.05.2014, VHS Weingarten, Touristeninfo Münsterplatz 1, 20 Uhr

Geflügel-Vortragstagung

13.05.2014, Celle, 10 Uhr
Vorträge rund um die Geflügelhaltung bietet die Tagung der Gesellschaft der Förderer und Freunde für Geflügel und Kleintierforschung e.V.

Tagungsort: Friedrich-Loeffler-Institut, Dörnbergstrasse 25/27, 29223 Celle
Kostenbeitrag f. Mittagessen u. Getränke für Mitglieder der GdFuF 10,- €, für Nichtmitglieder 20,- €, Anmeldung baldmöglichst unter: angelika.gaupp@fli.bund.de, Tel: 05141-3846-102

March against Monsanto

24.05.2014
Am 24. Mai versammeln sich Ak-

tivisten weltweit, um gemeinsam gegen Monsanto zu protestieren. In Deutschland finden Demos in Berlin, München, Düsseldorf, Frankfurt, Krefeld, Leer und Saarbrücken statt.

Weitere Informationen: www.march-against-monsanto.com

Neuland-Hoffest

24.05.2014, Springe, 11 Uhr
Der Neuland-Hof Rodenberg lädt herzlich zum Hoffest nach Springe-Völkse ein.

Rodenberg, Steinauerstraße 22, 31832 Springe-Völkse

SoLaWi-Fortbildung

13.-15.06.2014, Nahrendorf
Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft bietet auch dieses Jahr wieder eine Fortbildung für Initiativen und Solidarhöfe in der Anfangsphase sowie für Interessierte an. In diesem Seminar werden Hintergründe und Entwicklungen dieser neuen Wirtschaftsform vorgestellt. Es soll ganz praktisch an die Planung und den Aufbau eines Solidarhofes herangegangen werden. Die Teilnahmegebühren werden bei rund 170 € liegen (einfache Unterkunft auf dem Hof/sonst Pensionen in der Nähe). Anmeldung und Fragen an: solawi_werkstatt@posteo.de, Veranstaltungsort: Hof Tangsehl, Tangsehl 2, 21369 Nahrendorf.

Sommertagung

20.-22.06.2014, Bad Nauheim
Unter der Überschrift: „Unsere Zukunft: Bäuerliche Landwirtschaft zwischen Theorie und Praxis“ lädt die Junge AbL zu Ihrer dreitägigen Sommertagung ein.

Ausführliches Programm in der Juniausgabe der Unabhängigen Bauernstimme.

Anmeldung und Informationen: Anna Kenner, Tel.: 0176 98141722, anna.kenner@gmx.net, junge-abl@abl-ev.de, www.abl-ev.de/junge-abl

AbL Züchtungsexkursion

24.06.2014, Holtsee
Das Projekt Vom Acker in den Futtertrug veranstaltet eine Leguminosenzüchtungsexkursion zur Norddeutsche Pflanzenzucht - Georg Lembke KG. Voraussichtliche Abfahrt: 7 Uhr in Hamm (Westf.)

Anmeldung: dahlmann@abl-ev.de, Tel. 02381-9053170. Weitere Infos: www.Vom-Acker-in-den-Futtertrug.de/Termine



Neue Wege nicht alleine gehen: Beratung und EIP-Kooperationen zielgerichtet gestalten

DiskussionsForum und Mitgliederversammlung AgrarBündnis e.V.
Montag, 12. Mai 2014, Kassel 10.30 Uhr

Impulsvorträge zu den Themen:

10.45 Uhr Beratung: Ein altes Thema und neue Möglichkeiten durch Kofinanzierung in der 2. Säule!?

12.15 Uhr Europäische Innovationspartnerschaften: Ein neues Instrument für Innovation und Kooperation

13.30 Uhr Mittagessen

14.15 Uhr Mitgliederversammlung

Gäste sind zur Mitgliederversammlung herzlich willkommen!

Veranstaltungsort: Anthroposophisches Zentrum, Wilhelmshöher Allee 261

34131 Kassel.

Die Teilnahmegebühr wird vor Ort erhoben 10,- € / Studierende 5,- € (inkl. Tagungsgetränke).

Verbindliche Anmeldung bis 06.05.2014: Frieder Thomas, Tel. 07531-28 29 391

Fax 07531-28 29 392, info@agrarbuendnis.de

Eiweiß vom Acker - von Raps bis zur Ackerbohne

am 04. Juni 2014 von 10:00 - 16:00 Uhr, in Halle und Werther (Westf.)

Die 100 % - Bio Regelung ist für einige Betriebe des ökologischen Landbaus Realität. Andere wird das Auslaufen der Ausnahmeregelung von dem Einsatz von bis zu 5 Prozent konventioneller Eiweißkomponenten in der Fütterung vor neue Hürden stellen. Leguminosen haben hier immer schon eine gewichtige Rolle gespielt. Aber auch der Raps liefert durch seinen Presskuchen ein wertvolles Eiweißfutter. Leguminosen wie Raps sind im Anbau sicherlich nicht die pflegeleichtesten. Deshalb wollen wir mit Euch und Ihnen folgende Fragen näher beleuchten:

- Was ist beim Anbau von Raps und Leguminosen zu beachten?
- Welche legumen Arten können als Dünger (cut & carry) und als Vorfrüchte dienen?
- Welche Eiweißträger eignen sich für welche Tierart?
- Welche Vermarktungsoptionen bieten sich?

Programm

10.00 Uhr	Ankunft & Begrüßung
10.30 - 12.30 Uhr	Besichtigung der Feld- und Versuchsbestände
	• Winterraps (Hermann Künsemöller & Beatrix Klüh von der Teutoburger Ölmühle)
	• Versuch des Leitbetriebsprojektes NRW (Christoph Stumm)
	Blockanlage: Kleegrastransfer (unterschiedliche Varianten)
12.30 -13.30 Uhr	Abfahrt zum Biolandbetrieb Maaß und Mittagessen
13.30 -14.00 Uhr	Verwertungsmöglichkeiten von Körnerleguminosen und Rapskuchen
14.00 -16.00 Uhr	Betriebsrundgang mit Gerd Maaß und Dr. Christian Schüler (ehem. Uni Witzenhausen)
	• Sorten-Demo Ackerbohne: Taifun/ Fanfare/ Fabelle/ Bioro/ Isabell
	• Weiße Lupine: Feodora

Veranstaltungsort: Biolandbetrieb Hermann Künsemöller, Mühlenhof 11, 33790 Halle (Westf.)

Veranstalter:

Ackerbaufachgruppe Bioland Nds/NRW: Peter Angenendt, AbL NRW e.V.: Christoph Dahlmann, Anmeldung per Fax: 02381 - 492221, per Email: dahlmann@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gedern: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.:

08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud

Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding - Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,

0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel:

036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

mail@kanzlei-kersten.de;



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,

21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758,

E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 99,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 134,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 44,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 69,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Und? Geht es weiter?

Gerade neulich stand es wieder in der Zeitung. Ich hab mir die genauen Zahlen nicht gemerkt, aber sinngemäß hieß es: Hundertfünfzig Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebsleiter sind über fünfundsiebenzig Jahre alt, und hundertzwanzig Prozent von ihnen haben keinen Nachfolger. Vielleicht gehöre ich zu beiden Gruppen. Ich weiß es nicht, aber ich muss oft darüber reden. Ich mein, ich bin Bauer, das wissen die Leute, ich bin über fünfundsiebenzig, das sieht man mir an, und ich habe fünf Kinder, davon erzähle ich oft und gerne. Es gibt zwei Fragen, die mir wieder und wieder gestellt werden. Erstens: Wie kommt es, dass ein Bauer schreiben kann? Ich antworte: Ich bin zur Schule gegangen. Zweitens, verschiedene Fragen mit der immer gleichen Zielrichtung: Wird eines Ihrer Kinder den Hof übernehmen? Geht es weiter? Oder, wahlweise, in Bezug auf die fünf Kinder: Is dor een Buer bi? Keine Ahnung, antworte ich dann, und ich freue mich jedes Mal darüber, dass offensichtlich unterstellt wird, Bauersein sei etwas Angeborenes, etwas Genetisches, ein dem Menschen innewohnender Wesenszug. Da ist etwas dran, glaube ich, aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Man kann auch lernen; auch dessen bin ich mir sicher. Obwohl ich schon oft denke, man hat es im Blut oder eben nicht. So wie es Hütehunde gibt, die von Anfang an einen gewissen Cow Sense haben, so gibt es Kinder, die schon beim ersten Mal Kühe treiben immer an der richtigen Stelle stehen, während der Azubi im dritten Lehrjahr es immer noch nicht geschnallt hat, wie und wohin eine Kuh zu laufen pflegt, obwohl es eigentlich ganz einfach ist. Wie schon unser alter Landarbeiter Hermann Wendt immer sagte: Die Kuh läuft dahin, wo der Kopf hinzeigt. Die Kunst – und diese Erkenntnis stammt jetzt von mir – besteht darin, zu antizipieren, wohin sie den Kopf als nächstes wendet. Man muss, ganz einfach gesagt, schneller denken, als die Kuh guckt. Ich habe es ausprobiert. Es funktioniert. Man hat es also im Blut, zum Teil jedenfalls. Bei unseren fünf Kindern ahne ich nur von einer Tochter, dass sie es ganz bestimmt nicht im Blut hat. Aber auch das ist nicht ganz eindeutig. Vielleicht versucht sie nur alles, um zu leugnen, dass sie es eben doch im

Blut hat. Sie hasst Kühe; sie hasst den Gestank und den Matsch auf dem Hof; sie hasst die Fliegen; überhaupt hasst sie es, vom Bauernhof zu kommen; sie wird, sobald sie kann, in die Stadt abhauen, so viel ist mal klar. Aber das heißt noch lange nicht, dass sie nicht eines Tages zurückkehren wird. Wer weiß das schon? Auch die Liebste wollte nie einen Bauern, und dann blieb sie an mir hängen. Schöne Scheiße. Aber so ist das Leben. Immer anders als der Plan davon, und gerade das ist doch großartig. Wenn ich also gefragt werde: Und? Geht es weiter? Is dor een Buer bi? Dann antworte ich in der Regel, dass ich es einfach nicht weiß, aber dass ja auch noch Zeit bleibt. Dass es nicht einfach ist, von der Landwirtschaft zu leben, weiß wohl jeder inzwischen. Aber nichts im Leben ist einfach. Selbst als Kind superreicher Eltern aufzuwachsen, ist bestimmt die Hölle. Trotzdem kann man aus jeder Lage das Beste machen. Es ist nichts verloren. Ein Nebenerwerbsbetrieb kann zum Vollerwerbsbetrieb werden, wenn man nur die richtigen Ideen und genügend Energie hat. Wie

auch immer, sage ich dann, es geht immer weiter. Das mag ein Gemeinplatz sein, aber er stimmt, davon bin ich überzeugt.

Unser ältester Sohn Peer hat sich gerade entschieden, nach dem Abitur im Sommer eine landwirtschaftliche Lehre zu beginnen. Natürlich heißt das noch lange nicht, dass er den Hof übernehmen wird, aber immerhin besteht die Möglichkeit, und, ja, ich habe mich über diese Entscheidung sehr gefreut. Und auch für ihn schien es eine Freude zu sein, auf jeden Fall erst einmal zu wissen, wie es weiter geht. Irgendwann saßen wir zusammen bei meinen Eltern am Kaffeetisch, und Peer erzählte ihnen freudestrahlend von seiner frisch ergatterten Lehrstelle. Mein Vater kriegte feuchte Augen – aber die hat er fast immer; das muss nichts heißen – und meine Mutter sagte: Du solltest lieber was Ordentliches lernen!

Da wusste ich wieder: Es ist niemals einfach. Nichts ist einfach. Aber es ist es wert, und, ja, es geht weiter! Es geht immer weiter!

Matthias Stührwoldt



Weiter gehts!

Foto: Kitchenham

unabhängige **bauernstimme: Weiterlesen!**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221